Alarm für Liste 3

Klassenkampf

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei ins monatlich 2.50 Mark; durch die Post bezogen 2.30 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH. Halle, Forchenfeldstr. 14. Tel.: 210 45 (Red.) 210 47 (Verlag)

Mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Forchenfeldstr. 14

Einzelpreis 10 Pfennig | Halle, Montag, den 13. Februar 1933 | 13. Jahrgang, Nr. 37

Die Blutsaat Nazi-Jordans geht auf!

Faschisten morden!

Nationalsozialistischer Mordüberfall auf Eisleber Arbeiter unter Führung Nazi-Jordans und des von Alvensleben / „Klassenkampf"-Filiale und Turnhalle des Arbeiter-Turnvereins von Schutzgarde der lohnräuberischen Mansfeld-AG zerstört

Fünf Tote und zahlreiche Schwerverletzte in Eisleben

Halle, den 13. Februar 1933.

Unter Führung des nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Jordan, der seit Tagen im Bezirk Halle-Merseburg ungestört eine wahnsinnige Mordhetze gegen die Arbeiterschaft unter seiner SA und SS betreibt, fand gestern in Eisleben ein sorgfältig vorbereiteter Ueberfall auf das Grundstück, auf dem sich die Geschäftsstelle des „Klassenkampf" und die Turnhalle des Arbeiter-Turnvereins „Ludwig Jahn" befindet, statt. An der Durchführung dieses Ueberfalles beteiligten sich leitend ferner der nationalsozialistische Bezirksführer von Alvensleben und der Hallische Standartenführer Schäfer. Die Einzelheiten dieses grauenhaften Gemetzels zu schildern ist fast unmöglich. Bis zur Stunde ist bekannt, daß 5 Tote und etwa 30 Schwerverletzte die Opfer des faschistischen Mordüberfalles geworden sind.

...etzt Einheitsfront zur Verteidigung von Gut und Leben der Arbeiterklasse

Es ist wohl überflüssig, zu sagen, daß die Schuldigen einen völlig verlogenen Bericht an die faschisten-freundliche Presse und den Rundfunk gegeben haben, der die Tatsachen völlig auf den Kopf stellt und sich selbst schon durch die Orts- und Zeitangaben für jeden mit der Oertlichkeit Vertrauten als erlogen kennzeichnet. Wir werden auf Einzelheiten noch zurückkommen.

...genzeugen berichten:

Gestern nachmittag veranstalteten die Nationalsozialisten in Eisleben einen Aufmarsch, an welchem sich etwa 500 Mann (nicht wie der verlogene Nazibericht sagt), und zwar aus dem ganzen Bezirk ausgesuchte Schlägertrupps der SA und SS, beteiligten. Bereits am Tage vorher hatten sich Eisleber Nazis geäußert: „Sonntag wird aufgeräumt!" Dementsprechend fand die Aufstellung des Zuges auf dem Breiten ..., unmittelbar vor dem Gebäude statt, in dem die Filiale des „Klassenkampf" untergebracht ist. Während sich die Züge der Nazis formierten, waren bereits andere abkommandierte Trupps in das Arbeiterverkehrslokal „Hohenzollern" eingedrungen und hatten die Inneneinrichtung des Lokals völlig demoliert. Nachdem sie die vollbrachte Heldentat den sich an der Spitze des Zuges aufhaltenden Nazibandenführern Jordan, Eisleben und dem Hallischen Standartenführer Schäfer gemeldet hatten, ging der organisierte Ueberfall auf das Grundstück des „Klassenkampf"-Gebäudes vor sich. Oberhalb und unterhalb des Straßenzuges, in dem die Nazis Aufstellung genommen hatten, wurde

von SA- und SS-Leuten mit dem Revolver in der Hand abgesperrt.

Mit dem entsicherten Revolver in der Hand liefen SA-Leute die Höfen Häuserreihen des Breiten Weges entlang und kommandierten „Fenster zu! Es wird geschossen!" Wurde dieser Aufforderung nicht sofort Folge geleistet, so schossen die Nazi-Banditen in die Fenster. Auf ein Kommando von Jordan erfolgte der Sturm auf das „Klassenkampf"-Lokal. Bereitgestellte Leitern wurden von den Nazis an den benachbarten Häusern angesetzt, die Fensterscheiben der Arbeiterwohnungen eingeschlagen, Möbelstücke flogen auf die Straße, das Schreien der entsetzten Frauen und Kinder drang aus den Fenstern. Die Nazis drangen über Dächer und durch Durchbrüche der benachbarten Grundstücke in den hinteren Teil des Grundstückes, auf welchem sich die Turnhalle befindet, während in der letzten Filiale des „Klassenkampf" das gesamte Mobiliar völlig zerstört und zertrümmert wurde. Es ist eine unverschämte Lüge, wenn die Nationalsozialisten zuerst beschossen worden sind. Es ist nicht ein einziger Schuß gefallen — außer dem Schnellfeuer, das die Nazibanditen vorher auf die Häuser eröffnet hatten. Bei diesem Terror ist offenbar auch

ein Nationalsozialist von seinen eigenen Leuten erschossen worden.

Die sorgfältige Vorbereitung des Ueberfalls geht daraus hervor, daß alle Trupps der Nazis genau eingeteilt waren, daß die Sturmleitern bereitstanden und die Leute sämtlich schwer bewaffnet waren. Es fehlen die Worte, um die viehische Grausamkeit, mit der die Banditen hausten, zu beschreiben. Die Turnhalle wurde vollkommen demoliert. Nicht ein Gerät ist ganz geblieben. Sogar der Fußboden ist vollkommen aufgerissen. Sämtliche Zigarren- und Zigarettenautomaten sind gestohlen. Ebenso die Kasse des Vereins. Die etwa 30 schwerverletzten Arbeiter, die zufällig auf dem Grundstück anwesend waren, weisen sämtlich fürchterliche Verletzungen durch Spatenhiebe auf.

Die am Boden liegenden wehrlosen Menschen wurden von den Nazibanden mit den mit Nägeln beschlagenen Schuhen getreten, so daß die Gesichter verschiedener Schwerverletzter bis zur Unkenntlichkeit zerfärt sind.

In dem Gebäude befand sich auch der Genosse Bernard Koenen. Nach tapferer Gegenwehr wurde er von den Nazis überwältigt und sank blutüberströmt zu Boden. Die viehische Meute schleppte ihn triumphierend auf die Straße. Der Nazibandit Jordan schlug den wehrlosen taumelnden Genossen ins Gesicht und versetzte ihm einen Fußtritt, daß er besinnungslos hinfiel. Die entmenschte Bande bearbeitete den am Boden Liegenden mit Absätzen und Stahlruten. Immer wieder hetzte Jordan zu neuen Mißhandlungen.

Das ganze Gemetzel dauerte etwa 20 Minuten. Die Polizei war angeblich machtlos. Der Polizeikommissar Ueberschär, der sich den Nazis entgegenstellen wollte, wurde mit Fußtritten beiseitebefördert und Alvensleben triumphierte: „Hier sind wir die Polizei". Wie die Morgenpresse meldet, ist Ueberschär bereits durch Goering seines Amtes enthoben worden. Als die Polizei von Arbeitern aufgefordert wurde, von der Waffe Gebrauch zu machen, um den Mordüberfall zurückzuschlagen, erklärten die Polizisten, wohl Revolver, aber keine Munition zu haben.

Ungeheure Empörung in Eisleben!

Bis zur Stunde steht fest, daß der Genosse Erwin Blocke tot ist. Ihm ist mit einem Spaten der Schädel gespalten worden. Auf dem am Boden Liegenden feuerte ein Nationalsozialist noch einen Revolverschuß ab. Außer dem Genossen Bernhard Koenen befinden sich unter den lebensgefährlich Verletzten, die mit dem Tode ringenden Genossen und Kameraden: Hosenheinrich, Schulze, Hoffmann, Schneider, Helm, und der dreizehnjährige Knabe Burkhardt, der einen Bauchschuß erhielt. In ganz Eisleben herrscht bis in die Kreise des Bürgertums hinein eine einzige maßlose Empörung über den Mordüberfall.

Gestern rissen auf offener Straße Eisleber Nationalsozialisten ihr Parteiabzeichen ab, warfen es in den Dreck und riefen immer wieder:

„Das kann ja kein anständiger Mensch mitmachen."

Die SPD-Arbeiter sind voller Empörung über die „abwartende" Haltung ihrer Führer.

Es gibt heute nur eine Meinung in ganz Mansfeld: Nur die geschlossene Front der Arbeiterklasse in den Betrieben und auf den Stempelstellen kann verhindern, daß aus Deutschland ein zweites Italien wird. Alle Mansfelder Arbeiter erkennen, daß diese Naziaktion im Interesse der mit Millionen subventionierten Mansfeld-Aktionäre liegt.

Tretet zusammen in den Betrieben!

Nach Dresden, nach Staßfurt und nach Berlin sind diese blutigen Vorgänge in Eisleben ein neues durchdringendes Alarmsignal für alle Arbeiter Mitteldeutschlands, für die Arbeiterschaft des ganzen Reiches. Der Kurs ist klar gezeichnet. Mit allen Mitteln des blutigsten, brutalsten Terrors, der vor unbewaffneten Menschen, vor Frauen und Kindern nicht zurückschreckt, soll die Arbeiterklasse niedergeschlagen werden, auf daß das Finanzkapital, die großen Trustherren und die Junker ihr Profitsystem aufrechterhalten und die wirtschaftliche Ausplünderung, den Lohnraub, den Zollwucher und den Abbau der letzten sozialen Rechte weiter führen können. So will man den Weg Italiens gehen, so soll auf dem Blute, dem Hunger und der Not der Arbeiter das krachende, bankrotte kapitalistische System aufrecht erhalten werden.

Arbeiter ohne Unterschied der Partei! Sozialdemokratische Kollegen, Reichsbannerkameraden, Gewerkschaftler, all diese Vorgänge zeigen euch, daß man nicht „abwarten" kann, wie das die SPD- und ADGB-Führer verlangen. Es ist die höchste Zeit, zu handeln, um Gut und Blut, Leben und Eigentum der Arbeiterklasse zu schützen und den faschistischen Mordterror zu brechen. Wieviel Arbeiterblut soll noch fließen in Deutschland? Wieviel Arbeiterheime, Gewerkschaftshäuser und proletarische Kulturstätten sollen durch das faschistische Gesindel noch vernichtet werden?

Es ist genug!

Das muß der heilige Schwur angesichts der toten Antifaschisten und Kommunisten von Eisleben sein! Angesichts dieser Toten müssen sich die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter die Hände reichen zur Einheitsfront des Kampfes gegen den Faschismus! Deutschland darf kein zweites Italien werden. Nach der Zerstörung des Arbeitereigentums werden die Banden weiter „aufrollen". Wie die Mordhetzer gestern triumphierend verkündeten, wollen sie einen Galgenwald in Deutschland errichten und ein Totenhaus, ein Italien aus Deutschland machen.

Tretet sofort in den Betrieben zusammen, faßt sofort in den Gewerkschaften Kampfbeschlüsse. Bildet an jedem Ort, in jedem Betrieb, an jeder Stempelstelle die Einheitsfront der Tat. Laßt euch nicht länger auseinandermanövrieren. Wir reichen allen die Hand zum gemeinsamen Kampf.

Seht euch die Bemühungen, die in den letzten Tagen in Berlin von den Kommunisten, vom Bezirksausschuß der RGO, von den Leitungen der roten Verbände zur Herstellung der einheitlichen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193302l3-13/fragment/page=0001

Kampffront unternommen wurden, an. Dabei wurde erstens als Grundlage der Einheitsfront eine Reihe

konkreter Kampfmaßnahmen

vorgeschlagen. Als zweiter Punkt die

gemeinsame Aufforderung an alle Mitglieder der Gewerkschaften, der RGO und der übrigen beteiligten Organisationen zur Bildung von gemeinsamen Verteidigungsformationen

zum Schutz des Arbeiterlebens, der Arbeiterlokale und des Arbeitereigentums.

Drittens sollen in allen Betrieben, an allen Stempelstellen Aktionsausschüsse zur Organisierung des Kampfes gegen den Terror, gegen Lohnabbau, Durchbrechung des Tarifrechts usw.

gebildet werden. Für die Durchführung sind gemeinsame Besprechungen der örtlichen und betrieblichen Vertreter vorgesehen. Im gleichen Sinne haben sich in einer Reihe von Betrieben die Betriebsräte aller Richtungen zu gemeinsamem Handeln zusammengefunden.

Hört überall den mahnenden Ruf zur Einheitsfront! Arbeiter, es geht ums Letzte! Verteidigt eure Klasse, verteidigt euer Leben, verteidigt eure Organisationen und eure Einrichtungen gegen Verbot und Terror. Massennotwehr! Massenselbstschutz! Antifaschistische Massenaktion!

*

Auch im übrigen Reiche kam es zu zahlreichen blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Arbeitern:

In Bensheim an der Bergstraße schossen zwei Nazis auf Arbeiter und töteten einen völlig unbeteiligten Jungarbeiter.

In Bochum wurde ein 25jähriger Jungarbeiter von einem Polizeileutnant erschossen.

Der kommunistische Arbeiter Bernekau in Dortmund-Aplerbeck ist am Sonntag mittag den schweren Stichverletzungen, die ihm von Gegnern beigebracht wurden, erlegen.

In Braunschweig schoß die Polizei während eines Verbotenen Marsches der Nationalsozialisten und Stahlhelmer in Arbeitergruppen, die gegen den Aufmarsch protestierten.

In der Nacht zum Sonntag verübten Nationalsozialisten einen Feuerüberfall auf ein Reichsbannerlokal in Berlin-Friedenau. Dabei wurde ein 51jähriger Bauarbeiter durch einen Lungenschuß lebensgefährlich verletzt.

Blutige Naziüberfälle in Stuttgart

(Eig. Drahtm.) Stuttgart, 12. Februar.

Am Sonnabend wurde nach einer gewaltigen Kundgebung der KPD in der Stuttgarter Stadthalle einer der vielen Demonstrationszüge bei der Liederhalle von mehreren 100 bewaffneten Nazis überfallen und gesprengt. Ueber 30 Arbeiter wurden schwer verletzt. Die Polizei traf erst eine halbe Stunde nach dem Ueberfall ein. Die Nazis schossen aus dem Hinterhalt und gingen selbst gegen die Polizei vor. Sie schießpitzen auch verwundete Arbeiter in die Liederhalle, wo gerade ein SA-Kameradschaftsabend stattfand und mißhandelten die Verwundeten schwer. Später fuhren die Nazis mit Lastautos durch die Straßen und überfielen einzeln gehende Passanten. In der Stuttgarter Arbeiterschaft herrscht große Empörung.

Heute Polizeiaktionen gegen Eisleben

Neue Nazi-Provokationen gegen die Eislebener Bevölkerung

(Eig. Meldung.) Eisleben, den 13. Februar.

In Eisleben wurden gestern abend und während der Nacht sowie am Montag vormittag Haussuchungen bei Mitgliedern proletarischer Organisationen vorgenommen. In den Morgenstunden wurden ganze Straßen von der Polizei besetzt und die Wohnungen der Arbeiter nach Waffen durchsucht. Die Aktion wird von mehreren Hundertschaften der Hallischen Schupo durchgeführt. Das Straßenbild wird von der Polizei beherrscht. Polizisten mit aufgepflanzten Karabinern und überzogenen Tschakos streifen durch die Straßen. In der Polizeiwache vor dem Rathaus werden ständig verhaftete Arbeiter eingeliefert. Uniformierte SA-Leute patrouillieren unter den Augen der Polizei durch die Straßen und provozieren die Bevölkerung.

Heute morgen wurde ein Flugblatt der „Eisleber Zeitung" verbreitet mit einem völlig verlogenen Bericht über den Verlauf der gestrigen Zusammenstöße. Nach diesem Flugblatt wurden gestern in das Knappschaftskrankenhaus 12 Verletzte eingeliefert. Davon sollen noch zwei Nazis, zwei Kommunisten und ein Kind in Behandlung sein. In das Stadtkrankenhaus wurden gestern 18 Verletzte eingeliefert. Nach dem Flugblatt der „Eisleber Zeitung" ist nur ein Nazi, und zwar ein SS-Mann aus Halle getötet. Der Genosse Bernhard Koenen befindet sich mit schweren Verletzungen im städtischen Krankenhaus. Er wird als Polizeigefangener behandelt.

Unter der Eisleber Bevölkerung herrscht große Erregung. Die Stimmung richtet sich allgemein gegen die Nazis, deren blutige Attacke auf die Turnhalle als organisierte Sache bezeichnet wird. Die Turnhalle und das Gebäude, in dem sich das Parteibüro befindet, sind von der Polizei geräumt worden. Vor dem Eingang am Breiten Weg steht die Polizei mit Karabinern. Die Fensterscheiben des Hauses sind eingeschlagen und die Rolläden zerstört. Das zertrümmerte Mobiliar liegt auf der Straße. Man sieht jetzt noch, wie die Nazis gehaust haben.

Bei dem gestrigen Naziaufmarsch wurden 527 Nazis im Zuge gezählt. Davon war der größte Teil aus Halle. Die Hallische SA befand sich unter Führung des Gauleiters Jordan. Uebereinstimmend wird bekundet, daß der Eisleber Polizeikommissar Ueberichär beim gestrigen Naziaufmarsch versucht hat, die nationalsozialistische Demonstration von der Annengasse in die Braugasse zu leiten, damit der Zug nicht durch den Breiten Weg kommen sollte, wo sich das Parteibüro der KPD befindet. Die Nazis richteten sich aber nicht nach diesen polizeilichen Anweisungen, sondern marschierten durch den Breiten Weg. Wie weiter berichtet wird, haben uniformierte Nazis dem Chauffeur des Eisleber Polizei-Ueberfallwagens den Revolver auf die Brust gesetzt.

Letzte Meldungen

Ueberfall auf IAH-Küche

Halle, den 13. Februar.

Der Ueberfall in Eisleben war nur eine der von den Nazis geplanten blutigen Provokationen. Heute nacht wurde in derselben Weise auch die Küche der IAH in der Gutenbergstraße von Nazis überfallen und vollkommen demoliert. Mitten in der Nacht drangen die Nazis in das Gebäude ein, zerschlugen die Inneneinrichtung vollständig, die Kochkessel wurden herausgerissen und alle Räume verwüstet. Die Polizei, die einige Zeit später eintraf, traf natürlich keinen der Banditen mehr an. Sie konnte nur zwei zurückgelassene Spaten und Beile, die von den Nazis herrühren, beschlagnahmen.

*

Die kommunistische Tageszeitung von Mannheim, die „Arbeiter-Zeitung", ist bis einschließlich Freitag, den 17. Februar, verboten wegen eines Artikels „Hitler verteuert die Lebensmittel".

Arbeiterviertel werden abgeriegelt

(Eig. Meldung.) Halle, 13. Februar.

Heute morgen wurden in Halle in der Ludwigstraße, die vollkommen von der Polizei abgesperrt war, Durchsuchungen von Häusern vorgenommen. Die Polizei war mit einem sehr starken Aufgebot angerückt, beleuchtete die Häuserfronten und Dächer mit Scheinwerfern, trommelte an den Türen und verlangte, daß aufgemacht werden sollte. In dem Hause Ludwigstraße 13, in dem 25 Mietparteien wohnen, wurde der Hausverwalter herausgetrommelt und ihm gesagt, es hätten sich in diesem Hause zwei Personen, die geschossen hätten, versteckt. Die Leute wurden aus den Betten getrommelt und die Körper nach evtl. Verwundungen abgesucht. Die Suche verlief bis zur Stunde ergebnislos.

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 13. Februar.

Am frühen Morgen des Sonnabend riegelte die Polizei ein ganzes Arbeiterviertel ab und nahm mit Hilfe eines riesigen Aufgebotes von Kriminalpolizei eine eingehende Haussuchung sämtlicher Wohnungen vor. Die Polizei behauptet, eine ganze Reihe von Waffen und „zahlreiche verbotene Druckschriften" gefunden zu haben.

(Eig. Drahtm.) Flensburg, 13. Februar.

Wie die Kriminalpolizei mitteilt, sind im Verlaufe zahlreicher Haussuchungen bei Arbeitern, die im Verdacht stehen, Kommunisten zu sein, eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen worden. Dabei wurden von der Polizei ganze Straßen abgeriegelt.

Rote Fahnen verboten

(Wolff.) Weimar, 12. Februar.

Die thüringische Regierung veröffentlicht Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes. Darin heißt es u. a.: „Das Zeigen von roten Fahnen mit und ohne Abzeichen und Symbolen der KPD (Hammer und Sichel) bei öffentlichen politischen Versammlungen sowie das Mitführen solcher Fahnen und Emblemen bei Versammlungen unter freiem Himmel und bei Aufzügen ist unzulässig. Diese Fahnen und Symbole sind als Wahrzeichen des Klassenkampfes und des Umsturzes zu betrachten und begründen daher bei der gegenwärtigen politischen Spannung die Besorgnis einer unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Sicherheit."

SPD-Arbeiter! Die Fahne des Sozialismus soll „verboten" werden und ganz „verschwinden". Jetzt Einheitsfront! Es geht um die Sache aller Arbeiter!

SA-Sturmführer verläßt die Nazi-Partei

In Würzburg hat der bisherige SA-Sturmführer beim Stab der U-Gruppe Unterfranken, Mogg, seinen Austritt aus der Nazipartei erklärt. In einer öffentlichen Erklärung sagt er, daß ihm die Koalition Hitler-Hugenberg gezeigt habe, daß die Nazilührerschaft nichts im Interesse der Werktätigen tun wolle. Wohl selbst der harmloseste und gläubigste Nationalsozialist werde sich nicht einbilden, daß in den angekündigten zweimal Vierjahresplänen Adolf Hitler mit Hugenberg und Papen antikapitalistische Maßnahmen ergriffen werden. Die Kapitalisten und nicht die Kommunisten sind aber an dem ungeheuren Elend des werktätigen Volkes schuld. Deshalb gehe er nach reiflicher Ueberlegung den Weg Scheringers.

Neue Fememorde

Ein Beweis dafür, daß trotz der „legalen Siegs der Hitler-Macht" die Zersetzung im eigenen Lager fortschreitet, ist ein Vorfall, der sich am Freitag in Berlin-Lichtenberg abspielte.

Gegen Mitternacht kam ein SA-Mann hilfesuchend über den Augustaplatz gerannt, erblickte dort einen Schupobeamten und forderte diesen auf, ihn vor seinen Verfolgern zu schützen. Der Beamte sah, wie die Verfolger Revolver zogen, die sie auf den SA-Mann und diesen, den Beamten selbst, gerichtet hielten. Nun griff er zu seiner Dienstwaffe und schoß. Dabei wurde einer der Angreifer durch Bauchschuß niedergestreckt.

Zur Ueberraschung des Beamten stellte sich hinterher heraus, daß der Niedergeschossene selbst Nationalsozialist war.

Gladbach-Rheydt, 12. Februar.

Die Bluttat an dem 18jährigen kommunistischen Arbeiter Esser, der am Mittwoch erschossen auf der Straße aufgefunden wurde, steht vor ihrer Aufklärung.

Vier Nationalsozialisten wurden festgenommen. Da Esser erst vor wenigen Wochen von der SA zur KPD ging, dürfte hier eine Fememat geschehen sein.

Hugenberg-Papen-Seldte haben einen „Kampfblock schwarz-weiß-rot" zur Wahl gebildet. Auf der Reichsliste stehen an der Spitze Mackensen, Papen, Seldte. Auf den Wahlkreislisten soll überall Hugenberg führen.

Die Faschisierung der Polizei

Die „Berliner Montagspost" meldet: „Im Regierungsbezirk Halle-Merseburg sind heute einige verdiente republikanische Beamte auf Anordnung der kommissarischen Regierung beurlaubt worden: der Regierungsvizepräsident Carnoeel in Merseburg, Polizeipräsident Oechsle, Halle, Polizeipräsident Krüger in Weißenfels. Auch Oberregierungsrat Friedberg vom Hallenser Polizeipräsidium ist beurlaubt worden, obgleich er der Rechten angehört."

Die Vorbereitung

So hat Nazi-Jordan zum Mord gehetzt

In der am 3. Februar in Eisleben in der „Terrasse" stattfindenen Versammlung der NSDAP hat Gauleiter Jordan nach dem „Eisleber Tageblatt" bereits erklärt:

„Die erste Maßnahme der neuen Regierung sei die Kampfansage an den Bolschewismus, der mit brutaler Gewalt mitleidlos in Deutschland ausgerottet werden müsse. Zur Erreichung dieses Zieles sei der Aktivismus eines jeden nationalsozialistischen Kämpfers erforderlich. Kommunistische Abgeordnete dürften auf deutschen Straßen nicht mehr geduldet werden."

Wieder Schüsse aus Nazi-Auto

Halle, 12. Februar.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag fuhr gegen ½3 Uhr ein gelblich-blaues Auto durch die Steubenstraße nach dem sogenannten Schwarzen Weg. Aus dem Auto wurden vier Schüsse auf Arbeiter, die sich auf dem Nachhausewege befanden, abgegeben. Verletzt wurde niemand. Die Nummer des Autos konnte nicht festgestellt werden.

‚Rote Fahne' wieder verboten

Auf Grund der neuen Notverordnung wurde die „Rote Fahne", das Zentralorgan der KPD, mit sofortiger Wirkung bis zum 25. Februar verboten. In den Verbotsgründen wird angeführt, daß in der Sonnabendausgabe der „Roten Fahne" auf der ersten und zweiten Seite sowie auf der vierten Seite Aufforderungen zum Generalstreik enthalten waren, die nach § 9 Absatz 1 und Ziffer 1 und 7 der Notverordnung des Reichspräsidenten zum „Schutze des deutschen Volkes" strafbar sind. Somit erhöht sich das Verbot der kommunistischen Tageszeitungen in Deutschland auf 20.

Verboten! Verboten!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 13. Februar.

Die in Magdeburg erscheinende Wochenschrift „Das Reichsbanner" ist vom Präsidenten der Provinz Sachsen auf vier Wochen verboten worden, weil „die Reichsregierung und Reichsminister Goering beschimpft und böswillig verächtlich gemacht wurden".

Es wird weiter geredet

Neue Zollforderungen der Junker

(Eig. Drahtm.) Berlin, 12. Februar.

Am Sonnabend gab es gleich drei Ministerreden, die auch im Rundfunk verbreitet wurden. Neues brachte keine von ihnen. Vor allem wurde über die Fragen des künftigen Regierungsprogrammes geschwiegen. Allein Hugenberg brachte insofern eine Kleinigkeit aus den Kabinettsberatungen ans Licht der Oeffentlichkeit, indem er betonte,

„Ich muß es offen sagen — ich wollte keine Neuwahl",

aber um den „Zusammenschluß der nationalen Sammlung" nicht an dem einen Punkte scheitern zu lassen", habe er zugestimmt, auch die Nationalsozialisten in diesem Punkte unnachgiebig gewesen wären.

Um so eifriger wird dafür innerhalb des Kabinetts darüber beraten, wie den Forderungen der einzelnen Interessengruppen Rechnung getragen werden kann, ohne die Wahlpropaganda zu gefährden. So haben sich bei der geplanten Auflösung des Arbeitsministeriums Schwierigkeiten ergeben, weil sich die Nationalsozialisten davon keine günstige Wirkung auf die Arbeiter-Oeffentlichkeit versprechen. Auch die Umstellung des Tarifamtes ist aus den gleichen Gründen etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Im Vordergrund der Beratungen stehen nach wie vor die landwirtschaftlichen Fragen und Forderungen der Junker, die erst dieser Tage durch die Forderungen des Landbundes neuen Auftrieb erhalten haben. Der Landbund hat durch seinen Präsidenten **neue starke Zollschranken gegen die landwirtschaftliche Einfuhr verlangt.**

*

Berlin, 12. Februar. Reichskanzler Adolf Hitler wird nach Mitteilung von zuständiger Stelle im Wahlkampf noch in den folgenden nationalsozialistischen Kundgebungen sprechen: am 15. Februar in Stuttgart, 17. Februar in Dortmund, 19. Februar in Köln, 23. Februar in Frankfurt, 26. Februar in München, 28. Februar in Leipzig, 1. März in Breslau, 2. März in Berlin, 3. März in Hamburg und 4. März in Königsberg. Seine Reden in Berlin und Königsberg sollen von allen deutschen Sendern, die übrigen auf die örtlichen Rundfunkstationen übernommen werden.

Die Rundfunkhörer müssen dafür 2 Mark pro Monat bezahlen.

KPD an die Opfer von Neunkirchen

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat am 11. Februar nach Saarbrücken folgendes Telegramm gesandt:

„Tiefst erschüttert von Nachricht über furchtbare Explosionskatastrophe in Neunkirchen sprechen wir durch Euch der werktätigen Bevölkerung des Saarlandes, insbesondere den Opfern der Katastrophe, brüderliche Teilnahme aus. Beantragen Ueberwachungsausschuß des Reichstages sofortige Durchführung von Hilfsmaßnahmen und Zurverfügungstellung von mindestens 10 Millionen Reichsmark durch das Reich."

KPD fordert Hilfe für die Opfer

Die kommunistischen Abgeordneten des Ueberwachungsausschusses haben heute folgenden Antrag eingebracht:

„Der Ausschuß wolle beschließen, für die Opfer der ungeheuerlichen Explosionskatastrophe in Neunkirchen sind sofortige Hilfsmaßnahmen durch das Reich in die Wege zu leiten. Es ist für diesen Zweck ein Betrag von vorläufig 10 Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen."

Gleichzeitig fordern die Kommunisten strengste Untersuchung. Die KPD-Fraktion im Saarparlament hat die Einsetzung einer entsprechenden Untersuchungskommission gefordert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193302l3-13/fragment/page=0002

Der Kampf um die Aufteilung Chinas

Deutscher Imperialismus als Preisfechter der japanischen Kriegsräuber

Genf, 11. Februar. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat eine vom Neunzehner-Ausschuß des Völkerbundes beschlossene schriftliche Anfrage an die japanische Abordnung übermittelt. Diese Anfrage geht aus von dem jüngsten Beschluß des Neunzehner-Ausschusses, wonach der Mandschureistaat nicht anerkannt wird und wesentliche Teile des Lytton-Berichtes zur Durchführung gebracht werden sollen. In der Anfrage wird die japanische Regierung ersucht, zu diesem Entschluß des Neunzehner-Ausschusses ihre Zustimmung zu geben.

Die bürgerlichen und insbesondere aber die sozialdemokratische Presse bemüht sich jetzt krampfhaft, an Hand der letzten Beschlüsse des Neunzehner-Ausschusses das ramponierte Ansehen des Völkerbundes etwas aufzubessern und sie verkündet triumphierend: „Seht ihr, der Völkerbund ist doch ein Organ des Friedens!" In Wirklichkeit handelt es sich bei diesen Beschlüssen des Neunzehner-Ausschusses um alles andere als um Friedenstaten. Diese Beschlüsse sind diktiert vom amerikanischen Imperialismus, auf dessen Offensive zur Erreichung einer Mächteumgruppierung im Fern-Ost-Krieg wir erst kürzlich hinwiesen. Dieser Vorstoß ist insofern von einem gewissen Erfolg gekrönt worden, als England sich nicht mehr in der Lage sah, dem übermächtigen Druck des amerikanischen Gläubigers zu widerstehen. Was Frankreich anbetrifft, so will es angesichts der Verschärfung des deutsch-französischen Gegensatzes eine Brüskierung der Vereinigten Staaten vermeiden.

Von größter Bedeutung für die deutschen Werktätigen ist die Tatsache, daß, zuverlässigen Berichten zufolge, der deutsche Vertreter im Neunzehner-Ausschuß unter allen Umständen für den japanischen Standpunkt eintritt. Es ist also der deutsche Imperialismus, der den japanischen Raubkrieg aktiv unterstützt.

Die Beschlüsse des Neunzehner-Ausschusses sind demnach nichts anderes als ein Erfolg des amerikanischen Imperialismus in seinem Ringen um den Anteil an der Aufteilung und Kolonisierung Chinas. So bedeuten diese Beschlüsse keine Schritte zum Frieden, sondern im Gegenteil, sie sind der Ausdruck für eine Steigerung des imperialistischen Machtkampfes um die Aufteilung Chinas, der früher oder später in den imperialistischen Weltkrieg umschlagen wird, wenn die Aktion des internationalen Proletariats diese Kriegspläne nicht zunichte macht.

Arbeitslose stürmen schwedisches Arbeitsministerium

Die Hungerpolitik der sozialdemokratischen Regierung am Pranger

Stockholm, 11. Februar. Zu großen Arbeitslosenkundgebungen kam es heute in der schwedischen Hauptstadt. Die Arbeitslosen zogen zunächst zum Wohlfahrtsamt, um dort ausreichende Unterstützung zu fordern. Vor dem Wohlfahrtsamt kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen ein Polizeibeamter entwaffnet und verletzt wurde. Anschließend marschierten die Demonstranten zum Arbeitsministerium. Noch ehe die Polizei zur Stelle war, drangen die Arbeiter in das Ministerium ein und trafen zufällig auf einen Flur den sozialdemokratischen Arbeitsminister, den sie umringten und mit Protesten überschütteten. Einige Arbeitslose sollen dabei den Minister auch etwas unsanft angefaßt haben. Einem herbeigerufenen Polizeiaufgebot gelang es erst nach geraumer Weile, die Demonstranten aus dem Arbeitsministerium herauszudrängen.

Paris, 11. Februar. Die Straßenbahner von Reims beantworteten heute den Lohnraubangriff der Straßenbahngesellschaft mit der geschlossenen Aufnahme des Streiks. Der gesamte Straßenbahnverkehr der Stadt ist lahmgelegt. Der Streik steht unter selbstgewählter Führung. Die Straßenbahngesellschaft wollte einen Lohnabbau von 2,25 Franken täglich durchführen.

Deutscher Rüstungsvorstoß

Heftige Zuspitzung der deutsch-französischen Gegensätze auf der „Abrüstungs"konferenz — Statt Arbeit und Brot — Völkermorden, das ist die Politik des Faschismus

Genf, 11. Februar. Im Präsidium der Abrüstungskonferenz ist es gestern zu einem offenen Zusammenstoß zwischen dem deutschen Vertreter Nadolny und dem französischen Außenminister Boncour gekommen. Nadolny erhob im Namen des deutschen Imperialismus die Forderung, daß die weiteren Verhandlungen der Abrüstungskonferenz ausgehen sollen von dem Prinzip der Rüstungsgleichberechtigung Deutschlands. Diese Forderung bedeutet angesichts des Tatbestandes, daß von einer Abrüstung der imperialistischen Staaten überhaupt keine Rede sein kann, praktisch die Forderung des deutschen Imperialismus auf völlige Rüstungsfreiheit.

Dieser Vorstoß des deutschen Vertreters stieß auf den sofortigen Widerstand des französischen Außenministers Boucour, der eine sehr scharfe Erklärung abgab, wonach die sogenannte Fünf-Mächte-Erklärung über das Gleichberechtigungsprinzip unter keinen Umständen für die gesamte Abrüstungskonferenz als bindend betrachtet werden könne. Die Auffassung des deutschen Vertreters über die Kompromißformel vom 11. Dezember sei vollständig falsch. Eine Gleichberechtigung gäbe es nur im Rahmen des Sicherheitssystems, das von der französischen Regierung vorgeschlagen werde.

Der deutsche Vertreter Nadolny nahm heute das Wort zu seiner Entgegnung, in der er im wesentlichen ausführte: die Fünf-Mächte-Formel vom 11. Dezember habe endgültig die Rüstungsgleichberechtigung Deutschlands festgestellt, es dürfe darüber keine Debatte mehr geben.

Dieser Zusammenprall in der Abrüstungskonferenz beleuchtet blitzlichtartig die ganze Schärfe der imperialistischen Gegensätze. Im Dezember vorigen Jahres, als auf der Fünf-Mächte-Konferenz in Genf die faule Kompromißformel beschlossen wurde, hat fast die gesamte bürgerliche Presse ein großes Hurrageschrei erhoben und die Behauptung aufgestellt, damit sei der Versailler Vertrag durchbrochen und die Rüstungsgleichberechtigung für Deutschland hergestellt. Wir haben damals schon darauf hingewiesen, daß durch das Genfer Kompromiß weder der Versailler Vertrag durchbrochen, noch die Gegensätze unter den imperialistischen Staaten auch nur im geringsten abgeschwächt wurden. Heute zeigt sich, daß sich diese Gegensätze noch um ein Vielfaches verschärft haben.

Ob der Zusammenprall in Genf heute oder erst später zum Ausfliegen der Abrüstungskonferenz führt, bleibt im Grunde genommen gleich. Feststeht, daß der deutsche Imperialismus zur Aufrüstung schreitet, was der französische Imperialismus als eine ernste Bedrohung seiner Vormachtstellung betrachtet und deshalb mit allen Mitteln zu verhindern versucht.

Die abenteuerliche Politik der deutschen Bourgeoisie beschwört damit die Gefahr eines imperialistischen Krieges, der blutiger und grausamer als alle bisherigen sein würde, in nächster Zukunft herauf. Gerade deshalb, weil der deutsche Faschismus niemals in der Lage ist, den Millionenmassen des werktätigen Volkes Arbeit und Brot zu geben, will er durch außenpolitische Abenteuer von der Unterdrückung und Ausbeutung im eigenen Lande ablenken. Statt Arbeit und Brot — blutiges Völkermorden, das ist das Programm des Faschismus! Die deutschen Arbeiter, das gesamte werktätige Volk Deutschlands will keine Aufrüstung und keinen Krieg im Interesse der kapitalistischen Ausbeuter. Der Kriegs- und Hungerpolitik des deutschen Faschismus stellen die deutschen Werktätigen entgegen den revolutionären Kampf für die Vernichtung des Versailler Systems, für die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes, für ein neues Deutschland, in dem es keine soziale und nationale Unterdrückung mehr gibt. Auf die chauvinistische Hetze der deutschen Kapitalisten antworten wir mit einer noch größeren Festigung des Kampfbündnisses mit den französischen Arbeitern und den Werktätigen aller Länder!

Das ist das „Dritte Reich"!

Aufruf der rumänischen Diktatur-Regierung zur Verhängung des Belagerungszustandes: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!

Der Aufruf Hitlers hat die rumänische Diktaturregierung nicht ruhig schlafen lassen. Sie hat deshalb beschlossen, anläßlich der Verhängung des Belagerungszustandes einen ähnlichen Aufruf zu erlassen. Dieser Aufruf ist in vieler Beziehung interessant. Erstens zeigt er die wachsende revolutionäre Gärung in Rumänien. Zweitens ist die offene und brutale Sprache dieses Aufrufes geeignet, jenen werktätigen Nazianhängern, die noch Illusionen haben, den wahren Charakter des faschistischen „Dritten Reiches" vor Augen zu führen. Wir veröffentlichen deshalb nachstehend den rumänischen Regierungsaufruf auszugsweise:

„Rumänen! Eine große Gefahr bedroht unser Land! Man versucht, es durch Anarchie und Gewalt zu vernichten (man beachte die Aehnlichkeit der Ausdrucksweise mit derjenigen Hitlers).

Verborgene kommunistische Organisationen (nanu, wir denken, der Marxismus ist in Rumänien schon „mit Stumpf und Stiel ausgerottet"?) planen mit Gewalt einen Umsturz der Staatsordnung herbeizuführen. In Ausführung dieses Planes haben in manchen Gegenden die Unruhen bereits begonnen. Um diesen Unordnungen ein Ende zu bereiten, ist der Belagerungszustand verhängt.

Wir fordern von den Arbeitern der Eisenbahn sowie aller Handels- und Industrieunternehmungen Ruhe. Die Regierung kann keine ungerechten Forderungen erfüllen. Von den Beamten aller Kategorien fordern wir Ruhe. Die Regierung kann nicht Drohungen oder anarchische Handlungen seitens der Beamten dulden. Von der Studentenschaft fordern wir Ruhe. Die Universitäten sind heitere Tempel des Studiums und keine Brennpunkte für politische Ausschreitungen. Auch von der Presse fordern wir Ruhe."

In dieser Tonart geht es im ganzen Aufruf weiter. Die Nazis werden vor Neid platzen. Im übrigen aber wird angekündigt, daß alle Personen, die bei Demonstrationen angetroffen werden, sofort zum Militärdienst eingezogen werden.

Japan kündigt Ueberfall auf Tsingwangtau an

Tokio, 11. Februar. Nach einer Meldung aus Mukden warfen japanische Flieger am Donnerstag über der Stadt Tsingwangtau Flugblätter ab, in denen die Besetzung der Stadt und des Hafens durch japanische Truppen angekündigt wird. Tsingwangtau ist ein internationaler Hafen, in dem gegenwärtig auch englische, amerikanische und französische Kriegsschiffe liegen.

Michael Tschumandrin — Roman aus dem Russischen

Der weiße Stein

13. Fortsetzung.

Opotschinski verglich sich in Gedanken mit Lissowski, und er begann ihm ebenfalls entschieden zu gefallen. Ueberhaupt, das waren ja zwei prachtvolle Burschen. Dennoch interessierte ihn Lissowski vielleicht mehr als Lokotew, wohl infolge einer gewissen Charakterähnlichkeit, die zwischen ihnen bestand.

„Nein, das geht nicht", sagte Andrej gewissermaßen nebenbei, sich in den Sinn seiner Worte vertiefend. „Wenn du zu uns gehörst, — warum trittst du dann nicht in die Partei ein?"

„Ich quäle mich mit ihm bereits das achte Jahr herum. Du hast ganz recht: warum tritt er nicht in die Partei ein?"

Andrej begab sich in sein Büro, noch einmal das ganze Gespräch mit Lokotew überdenkend.

„Wenn du zu uns gehörst, warum trittst du dann nicht in die Partei ein?" Diese Worte hatten im vollen Umfang auch für Andrej Geltung. Er versuchte, sie zu vergessen wie eine lästige Erinnerung, sie fuhren aber fort, Andrej zu beunruhigen. — Man soll kommen und ihn bitten!

Der Registrator übergab ihm im Büro ein Schreiben des Trustes. Darin stand, daß die Garage Tag für Tag die planmäßigen Aufgaben in bezug auf Ausfuhr des Erzes aus den Gruben nicht zu realisieren, daß neue Lastautos vor dem Herbst nicht zu erwarten seien und daß unbedingt sofort ein Ausweg aus der gegenwärtigen Lage gefunden werden müsse. Unter persönlicher Verantwortung des Garageleiters müsse sofort an die Beseitigung der Brüche in der Planerfüllung geschritten werden, deren Hauptursachen nach der Meinung des Trusts in der elenden Arbeitsdisziplin, in dem einen Massencharakter annehmenden Stillstand der Maschinen und schließlich im Schneckentempo der Reparaturen zu suchen sei.

Das Schreiben war klug und gründlich, da gab es nichts einzuwenden, nur daß es nichts Neues sagte.

Er faltete den Brief zusammen und blieb eine Weile stehen. Als er in die Werkstatt eintrat, überkam ihn plötzlich ein Gefühl von Schwermut. Plötzlich nicht etwa, weil es unerwartet oder aus unbekanntem Grunde geschah. Nein, er stellte sich nur anschaulich vor, welch eine Menge Arbeit ihm bevorstand, und fühlte, daß er allein nicht in der Lage sein werde, sie zu bewältigen. Er fühlte Kraft genug in der Hand, um eine Schraubenmutter fester zu schrauben, hier aber mußte man das ganze Fundament, auf dem die Garage stand und arbeitete, von Grund aus umbauen. Erst jetzt begriff Andrej, nachdem er diesen Brief mit allen mitleidslos angeführten Tatsachen erhalten hatte, wie wenig er geleistet hatte, seitdem er die Leitung der Garage übernommen hatte.

„Warum eigentlich?" Er fand keine Antwort.

Er wollte den einzigen Kommunisten, den er in der Garage kannte, Lokotew, beiseitenehmen und mit ihm alles besprechen. So ändern sich die Menschen: hätte Andrej früher jemals jemanden um Hilfe gebeten? War er früher nicht stets mit eigenen Kräften fertig geworden?

Lokotew, der seine Maschine untersuchte, besorgte auch die geringste Kleinigkeit selbst. In diesem Augenblick hatte er das Zapfenlager vor. Die Hände Lokotews arbeiteten mit der Präzision eines Uhrwerks. Das fest im Schraubstock eingeklemmte Stück rührte sich nicht. Die Metallspäne flogen nur so — Goldstaub war es und keine Späne. So arbeitete Lokotew. Opotschinski konnte ihm nicht ohne Achtung zusehen.

Lokotew las das Schreiben des Trusts, lockerte den Schraubstock und blies die Späne weg.

„Ich muß mit dir was besprechen."

„Schieß los..." meinte bereitwillig Lokotew.

Sie gingen den Korridor entlang. Die Schlosser, die an ihren Schraubstöcken arbeiteten, blickten ihnen spöttisch nach: Sieh mal einer: Der „Chef"!

Lokotew bat den Registrator, ein halbes Stündchen lang frische Luft zu schnappen, bat Andrej einen Sitz an und begann ihm aufmerksam zuzuhören. Es machte fast den Eindruck, als ob der Andrej zu sich gebeten hätte, und als ob dieser pokumarbige, stramme Bursche der Leiter der Garage wäre.

„Also paß mal auf: einundzwanzig Chauffeure. Stimmt? Sieben Traktorführer. Achtzehn Schlosser. Achtundzwanzig Gehilfen, ich rede natürlich nur von den ständigen, von den Gehilfen in der Garage. Aber die Sache muß gedeichselt werden."

Andrej schämte sich, daß er nicht wußte, wie und wo er eigentlich anfangen sollte. Er konnte sich doch unmöglich wieder an Sidelkin wenden. Nun hatte er wirklich Wasser genügend ausgeschöpft. Ohne die Verlegenheit, die sich seiner zu bemächtigen begann, zu zeigen, beschloß Andrej, auf Umwegen zu seinem Ziel zu gelangen.

„Immerhin, im Krieg ist die Sache entschieden einfacher. Alles liegt klar auf der Hand. Aber hier? Drei Köpfe müßte man haben."

„Aber gewiß liegt hier die Sache anders", brummte Lokotew vor sich hin, unaufmerksam dem Gespräch folgend und in seinen eigenen Gedanken verloren. „Von Komsomolzen haben wir höchstens — einen oder zwei. Was die Aktivisten anbetrifft: Lissowski und noch zwei, drei, also vier, vier... Also? Drei, sechs — sieben Mann! Von fünfundsiebzig — sieben. Und doch muß die Sache gedeichselt werden!"

Opotschinski klopfte mit dem Bleistift gegen das Tintenfaß.

„Nun gut, wir machen sämtliche Aktivisten mobil. Sozusagen den ganzen Bestand. Paß nur auf, wir reißen weitere sieben — acht Mann an uns. Oho, das ist bereits die Hälfte!"

„Von fünfundsiebzig die Hälfte?"

„Die Hälfte" — wiederholte mit Ueberzeugung Lokotew. „Nicht viel, aber eine wuchtige Faust, die übrigen mögen sechzig Mann zählen, aber jeder von ihnen denkt nur an sich selbst und geht seinen eigenen Weg. Und wir werden schon durchsetzen, was wir wollen."

Ueberzeugung ist eine schöne Sache, aber Opotschinski genügte Lokotews Ueberzeugung nicht.

„Ich habe es schon instinktiv vorausgefühlt, daß ich bis auf ein förmliches Boxchanal stoßen werde" — begann Andrej, wie immer bei besonderen Anlässen sich ausgelesener Ausdrücke bedienend. „Das Schreiben da... (er schwenkte das Papier in der Luft). Für mich war das keine Ueberraschung, ich habe das alles schon gewußt. Aber einen Ansporn hat es mir gegeben, ich schäme mich nicht, das zu gestehen."

Lokotew folgte, wie bisher, nur unaufmerksam seiner Rede. Er blätterte zerstreut in einem noch unbeschriebenen Kontorbuch. Durch die Glastür warf der Registrator einen Blick ins Büro und zog sich dann demonstrativ zurück.

„Weißt du, ich kann ja in den Verband gehen, vielleicht kann man einen Subotnik organisieren. Das wäre nicht schlecht?"

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193302l3-13/fragment/page=0003

Der Kreisausschuß des Saalkreises. — Abt. I. —

Halle a. d. S., 11. Februar 1933.

Wahlvorschläge zur Kreistagswahl

Durch Verordnung vom 4. 2. 1933 (GS 1933 Nr. 6, Seite 21 ff.) sind außer den Gemeindevertretungen auch sämtliche Provinziallandtage und Kreistage aufgelöst worden. Die Neuwahl der Provinziallandtage und Kreistage ist nach einer weiteren Verordnung vom 4. 2. 1933 — Seite 22 desselben Gesetzblattes — auf Sonntag, den 12. 3. 1933 festgesetzt.

Die kommunalen Neuwahlen werden untereinander verbunden.

Auf Grund der §§ 96 und 107 der Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen und des Runderlasses des Herrn Ministers des Innern vom 7. 2. 1933, fordern wir zur Einreichung von

Wahlvorschlägen

für die Kreistagswahl am 12. März 1933 auf.

Die Zahl der für den Kreistag des Saalkreises zu wählenden Abgeordneten beträgt 28.

Der Kreis bildet einen Wahlbezirk.

Die Wahlvorschläge müssen für den ganzen Kreis (Wahlbezirk) aufgestellt werden. Eine Verbindung von Kreiswahlvorschlägen ist unzulässig.

Wahlbar als Kreistagsabgeordneter ist jeder zum Kreistage Wahlberechtigte, der das 25. Lebensjahr vollendet hat. Wahlberechtigt zum Kreistage sind alle über 20 Jahre alten reichsdeutschen Männer und Frauen, die ihren Wohnsitz im Kreise haben. Für die Voraussetzung der Wohlberechtigung und der Wählbarkeit ist der Wahltag maßgebend.

Wohlberechtigt und wählbar ist nicht:

1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft steht;
2. wer die bürgerlichen Ehrenrechte nicht besitzt.

Die Ausübung der Wahlberechtigung ruht für die Soldaten während der Dauer der Zugehörigkeit der Wehrmacht.

Behindert in der Ausübung ihres Wahlrechts sind Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind, ferner Straf- und Untersuchungsgefangene sowie Personen, die infolge gerichtlicher oder polizeilicher Anordnung in Verwahrung gehalten werden. Ausgenommen sind Personen, die sich aus politischen Gründen in Schutzhaft befinden.

Wahlberechtigung und Wählbarkeit gehen verloren, wenn eine ihrer Voraussetzung wegfällt.

Die Wahlvorschläge sind spätestens am 28. Februar 1933 bis Mitternacht bei dem Vorsitzenden des Kreisausschusses als dem Vorsitzenden des Wahlausschusses für die Kreistagswahl (Kreishaus Halle, Pulverstr. 6/7) schriftlich einzureichen. Eine telegraphische Erklärung, wenn sie durch eine spätestens am dritten Tage nach Ablauf der Frist, eingegangene schriftliche Erklärung bestätigt wird.

In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Zu- und Vornamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Die Bewerber müssen ihren Wohnsitz im Kreise haben.

Die Wahlvorschläge können eine beliebige Zahl von Bewerbern enthalten.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 10 im Kreise Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Ein und dieselbe Person soll nicht mehrere Wahlvorschläge unterschreiben. Die Unterzeichner sollen ihren Unterschriften die Angaben ihres Standes oder Berufes und ihrer Wohnung beifügen. Die Unterzeichner der Wahlvorschläge müssen im Saalkreis wahlberechtigt sein.

Die Unterschriften müssen bis zum Ablauf der Einreichungsfrist vollzählig vorliegen; andernfalls ist der Wahlvorschlag unzulässig; eine Mängelbeseitigung findet insoweit nicht statt.

Nach Ablauf der Einreichungsfrist kann eine Unterschrift unter dem Wahlvorschlage nicht mehr zurückgenommen werden.

In jedem Wahlvorschlag muß ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter bezeichnet werden, die zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Vorsitzenden des Wahlausschusses bevollmächtigt sind. Fehlt diese Bezeichnung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter.

Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichner eines Wahlvorschlages schriftlich, daß der Vertrauensmann oder der Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt dieser an die Stelle des früheren Vertrauensmannes oder Stellvertreters, sobald die Erklärung dem Vorsitzenden des Wahlausschusses zugeht.

Die gleichen Personen können nicht als Vertrauensmann oder Stellvertreter für Wahlvorschläge mit verschiedenen Kennworten benannt werden.

Jeder Wahlvorschlag hat den Namen der Partei oder Vereinigung, von der er aufgestellt ist, als Kennwort zu tragen.

Mit den Wahlvorschlägen sind einzureichen:

a) die schriftliche Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in dem Wahlvorschlag zustimmen. Eine telegraphische Erklärung gilt als schriftliche Erklärung, wenn sie durch eine spätestens am dritten Tage nach Ablauf der Frist eingegangene schriftliche Erklärung bestätigt wird. Bei Abgabe dieser Erklärung ist Stellvertretung durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreter zulässig. Wenn der Bewerber nachweislich verhindert ist, die schriftliche Erklärung rechtzeitig einzureichen;

b) die Bescheinigung des Gemeindevorstandes (auf Antrag gebührenfrei auszustellen), daß die Bewerber am Wahltage das 25. Lebensjahr vollendet haben, Reichsangehörige sind, die ihren Wohnsitz im Saalkreise haben und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind;

c) die Bescheinigung des Gemeindevorstandes (auf Antrag gebührenfrei auszustellen), daß die Unterzeichner des Wahlvorschlages in die Wählerliste eingetragen oder mit einem Wahlschein versehen sind.

Der Kreisausschuß des Saalkreises.

Walhalla
Die herrliche Kalman-Operette
Der Teufelsreiter
nur noch bis Freitag

Stadt-Theater
Heute Montag 20 bis gegen 22 Richard-Wagner-Konzert
Leitung: Johannes Schüler
Dienstag 20 bis gegen 22 Der 18. Oktober
Schauspiel von E. Schäfer

Fleischerei
Arthur Bär
Schlaitz

Bäckerei u. Kolonialwaren
Wilh. Braunsdorf
Gröbern

Suchen Sie gut erh. Möbel aller Art, wie Kleiderschränke Bettstellen Chaiselongues Sofas, Küchen u. v. a. dann nur in
Weißenfels
FISCHGASSE 21
i. d. Ecke
Große Auswahl sehr bill. Preise

Radio-Vertrieb
sowie sämtliche Reparaturen
W. KLOTZ
Bitterfeld
Dessauer Str. 14 Aufrechts

Mühle-Futterartikel und Bäckerei
Friedrich
GRÄFE
GOSSA

Jeden Dienstag
Schlachtfest
Ab 9 Uhr
Wellfleisch
bei
E. Wittfack
Weißenfels
Brauhausgasse 3

Schuhwaren und Reparaturen
Franz Richter
Friedersdorf

Molkerei „Süd"
Rudolf-Haym-Straße 35
Dauerpasteurisierte Milch / Butter / Sahne

Engelhardt-Bier
überall!

Seit altersher schreibt man uns
Anerkennungen
Sie bleiben uns Dokumente des unübertroffenen guten Rufes unseres köstlichen, als wertvolles Nahrungsmittel altbekannten Köstritzer Schwarzbieres. — Haben Sie sich schon von seiner Güte und seinem Wohlgeschmack überzeugt?
Köstritzer Schwarzbier ist zu haben in allen Lebensmittelhandlungen u. einschlägigen Geschäften.

Restaurant zur Hafenecke
Inh. Wwe. Elsa Vogel
Verkehrslokal der Arbeiterschaft
Laden: Eig. Hausschlächterei

Volkshausgenossenschaft Giesien / E. G. m. b. H.
Sitz Ennewitz

Bilanz per 31. Dezember 1932

Aktiva			Passiva		
1. Betriebswerte:			1. Eigene Mittel:		
Waren	2 320.59		Darlehn	900.00	
Inventar	276.56	2 596.17	Geschäftsguthaben	480.00	
2. Angelegte und flüssige Werte:			Reservefonds	440.05	
Grundstück	1 204.41		Dispositionsfonds	35.31	
Kasse	40.81	1 245.22	Buchgewinn	1 097.53	2 952.91
			2. Schulden:		
			a. l. Unkosten	143.70	
			a. l. Umsatzsteuer	284.80	
			Kontokorrent	265.18	693.68
			Gewinn		194.90
		3 841.39			3 841.39

Erübrigungs- und Verlustrechnung

Lasten:			Erträgnis		
Unkosten	2 914.71		Waren	7 319.45	
Lohn und Gehalt	2 066.00		Konto	317.21	
Steuern	1 021.93		Zinsen	3.40	7 640.00
Sozialversicherung	221.44				
Verlust 1931	21.18				
Grundstückswertminderung	300.00	7 445.26			
Gewinn		194.80			
		7 640.06			7 640.06

Mitgliederbewegung:

Bestand am 1. 1. 32	31 Mitgl.	Die Haftsumme der Mitglieder beträgt am 31. 12. 32 106 × 5.— M. = 530.00 M.	
Beigetreten im Jahre 1932	77 Mitgl.		
	108 Mitgl.		
Ausgetreten im Jahre 1932	2 Mitgl.		
Bestand am 31. 12. 1932	106 Mitgl.		

Die vorstehende Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung wurde von uns geprüft und mit den Büchern übereinstimmend gefunden.

Giesien, den 19. Januar 1933.

Der Vorstand: Paul Böhlau, Paul Reihse, Otto Bausch

Der Aufsichtsrat: Paul Teuscher, Vorsitzender

Licht- und Kraftwerke Wittenberg, G. m. b. H.
Wittenberg, Hallesche Str. 32
Installation von: 167
Elektrische Anlagen
Gas- und Wasseranlagen
Lieferung von:
Gas- und Stromgeräten
Beleuchtungskörpern
Auf Miete mit Eigentumserwerb

Dank

allen denjenigen, die unseren lieben Verstorbenen

Herrmann Gebhardt

die letzte Ehre erwiesen haben. Besonderen Dank dem Genossen Hahnemann für seine Rede, den Parteigenossen, seinen früheren Arbeitskollegen, der Gemeindeverwaltung und den Invaliden.

Die trauernden Hinterbliebenen
Ammendorf, im Febr. 1933

Wie wird das Wetter?

Dienstag: Auf Nordwest drehende, zeitweise hölge Winde, wechselnde Bewölkung, einige Schnee- oder Graupelschauer. Temperaturen im Flachlande nahe bei 0 Grad, auf dem Brocken auf etwa minus 10 Grad sinkend.

Mittwoch: Noch immer leichte Schneeschauer

Pegelstand der Saale			Pegelstand der Elbe		
Trotha	236	Wuchs 2	Torgau	226	Fall 64
Bernburg	154	Fall 1	Wittenberg	383	Fall 14
Calbe (oberh.)	170	Wuchs 1	Roßlau	320	Fall 30
Calbe (unterh.)	130	Fall 2			

Wieder die große Sache

1 + ½ = 2

Das zweite Stück oder Paar oder Meter für die Hälfte

Ges. gesch. Warenzeichen. Nachahmung auch teilweise, ist untersagt u. wird verfolgt.

In allen Abteilungen!

Beim Einkauf von 2 Stück (oder Paar oder Meter) der gleichen Art u. Preislage erhalten Sie einen Mengenrabatt von 25% auf den gesamten Einkauf,

also das 2te Stück oder Paar oder Meter zur Hälfte des wirklichen Preises.

Selbstverständlich bleiben unsere bekannt niedrigen Preise unverändert bestehen.

Darum der gewaltige unerreichte Erfolg!

Einige Beispiele:

Steppdecke 140/200 gesch. Obersetle K's-Jacquard .... Stück	9.75	Afghalaine reine Wolle, viele mod. Farben.....Meter	1.45
als Mengenrabatt das zweite Stück ..	4.88	als Mengenrabatt das zweite Meter .	-.73
Hohlsaum-Beltuch aus kräft. Dowlas, 150/220.. Stück	1.95	Herren-Oberhemd weiß oder farbig gemustert, Stück	2.95
als Mengenrabatt das zweite Stück ..	-.98	als Mengenrabatt das zweite Stück ..	1.48
Damenstrümpfe Waschkunstseide plattiert....Paar	-.95	Schlüpfer K'seid., warm angeraubt.... Paar	-.95
als Mengenrabatt das zweite Paar ..	-.48	als Mengenrabatt das zweite Paar ..	-.48

nur wenige Markenartikel sind ausgeschlossen.

Aus unserer Waren-Lotterie sind noch eine Anzahl Gewinne abzuholen.

POSENER

Leuna bleibt rot!

Nach zweijähriger Pause sollen am 19. März die Neuwahlen zum Betriebsrat des wichtigsten Großbetriebes der IG-Farbenindustrie in Deutschland, des Leuna-Werkes, stattfinden. Das Leuna-Werk ist in den Händen der Kapitalisten eine Kriegsschmiede. Mit der Steigerung des Faschismus wächst die imperialistische Kriegsgefahr und damit die gewaltigste Bedeutung des Leuna-Werkes.

Diese Tatsache wird, ebenso wie für die gesamte Stickstoffindustrie, ganz unverhohlen durch die bürgerliche Presse zugegeben. Am nur ein Beispiel anzuführen: Das „Berliner Tageblatt" vom 28. August 1932 schrieb zu dem unter den Kapitalisten ausgebrochenen Stickstoffkrieg folgendes:

„Am stärksten beeinflußt wurde die Stickstoffindustrie durch das Interesse, welches die Politik (!) an ihr nahm. Es war hier nicht selten sehr die Bedeutung des Stickstoffes als Hilfsmittel der Landwirtschaft, wie seine Unerläßlichkeit für die Rüstungsindustrie (!), die, getragen von der allgemeinen Atmosphäre des Mißtrauens der Nachkriegszeit, dazu führte, daß die meisten Länder eigene Industrien errichteten. Hierbei trat das nationale Interesse so stark in den Vordergrund, daß bei der Errichtung neuer Anlagen keineswegs immer untersucht wurde, ob die vorhandene Aufnahmefähigkeit des Marktes für Stickstofferzeugung die Errichtung der Anlage rechtfertigte. So bilden die politischen Erwägungen (!) den eigentlichen Grund für die erschreckende Ueberproduktion, unter der heute die Stickstoffindustrie der Welt leidet."

Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten wiederholt über die gewaltigen Lieferungen von schwefelsau-

Alarm für alle!

Zerschlagung der Lohntarife droht!

Die Korrespondenz des „Tatkreises" (9. 2. 33), die sich sehr oft als ausgezeichnet unterrichtet erwiesen hat, schreibt wörtlich:

„Ein geschlossenes Vorgehen gegen die Lohntarife ist wohl erst nach dem Wahlgang zu erwarten; bis dahin wird man es bei einzelnen, regionalen Maßnahmen oder Kündigungen, wie z. B. jetzt im Ruhrbergbau, bewenden lassen."

Für die Millionen der Betriebsarbeiter und Arbeiterinnen und die Angestellten ist diese Mitteilung ein Alarmsignal. Wenn sie bis zum 5. März passiv bleiben und auf den Stimmzettel vertrauen, können sie sicher sein, daß unmittelbar nach der Wahl der Generalangriff auf die Tarife einsetzt, dessen Ziel die völlige Zerschlagung des Tarifvertrages ist.

Will sich die deutsche Arbeiterklasse dagegen wehren, so muß sie jetzt bereits zum Gegenangriff vorgehen. Nur wenn die Arbeitermassen zeigen, daß sie stark genug und entschlossen sind zu kämpfen, wird es möglich sein, den neuen Unternehmerangriff im Keime zu ersticken!

Darum nehmt sofort Stellung in den Betrieben, schließt die Einheitsfront, wählt eure Kampfausschüsse, stellt eure Kampfforderungen auf! Die beste Parade ist der Hieb!

Mobilisiert für den Sieg der Liste 3!

Ammoniak und Natronsalpeter nach dem Ausland und vor allen Dingen nach den Kriegsschauplätzen des Fernen Ostens berichtet. Diese Meldungen unterstreichen nur die Richtigkeit der Feststellungen des bürgerlichen Blattes.

Neben der Stickstoffproduktion ist auch die Benzinproduktion nicht weniger wichtig für die Pläne der imperialistischen Kriegstreiber. Diese wenigen Feststellungen mögen genügen, um die Bedeutung einer Betriebsrätewahl im Leuna-Werk besonders zu unterstreichen.

Trotz der Steigerung der Produktion und der dadurch erfolgten 1000 Neueinstellungen seit dem 1. Dezember 1932 sind in Leuna Anzeichen neuer frecher Unternehmerangriffe festzustellen.

Die Neueingestellten wurden nur „vorübergehend" eingestellt. Damit soll das Zeitarbeitersystem in der chemischen Industrie eingeführt werden. Abgesehen von der Tatsache, daß damit die Tarifrechte dieser Arbeiter zum größten Teil beseitigt werden, kann die Leuna-Direktion, wenn sie es für notwendig hält, Arbeiter, die zum Stamm gehören, in den Betrieben vor die Frage stellen: **Entweder entlassen oder als Zeitarbeiter weiterbeschäftigt zu werden.** Bereits haben Betriebsführer erklärt:

„Die neueingestellten Arbeiter arbeiten schneller als die übrige Belegschaft. Es ist angebracht, daß die alten, langjährig Beschäftigten einmal an die frische Luft kommen und eine Zeitlang feiern gehen."

Das ist der unverhüllte Plan zur Einführung des Krümpersystems.

Gleichzeitig wollen die IG-Farben-Gewaltigen die klassenbewußten Arbeiter aus dem Betrieb werfen, um die Positionen des Betriebsfaschismus zu stärken. Auf diesem Wege soll der Betrieb reif für einem Lohnkampf und eine Aktion gegen Kriegsproduktion gemacht werden.

Welche große Bedeutung die Leuna-Direktion den Betriebsrätewahlen beimißt, das beweist die jetzt vorgenommene politische Maßregelung des früheren Betriebsratsvorsitzenden Willy Möbius, der bis 1931 noch Mitglied des Betriebsrates gewesen ist. Diese Maßregelung hat eine gewaltige Empörung ausgelöst. Die Belegschaft hat erkannt, daß die Durchführung des Faschismus in den Großbetrieben damit beginnen wird, die Belegschaft wehrlos zu machen. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, bei der Neuwahl den Einfluß des Werkfaschismus sowohl der Nazis als auch des Stahlhelms und des Werkvereins zu unterschätzen. Kennet man die Christen ab, so haben bereits bei der letzten Wahl offen faschistischen Gruppen 23 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhalten. Inzwischen sind Neueinstellungen erfolgt und das raffinierte Zeitarbeitersystem trägt dazu bei, in Verbindung mit vorhandenen Illusionen auf die Arbeiterregierung diese faschistischen Stimmungen zu stärken.

Das bedeutet, die Offensive gegen den Faschismus im Leuna-Werk ungeheuer zu verstärken. In der ideologischen Bekämpfung der faschistischen Gruppen wird unsere Stellung zum Versailler Diktat und die Aufzeigung des revolutionären Ausweges eine entscheidende Rolle spielen.

Im Kampf gegen Lohnraub, Faschismus und Kriegsgefahr spielt die Herstellung der betrieblichen Einheitsfront, insbesondere mit den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern eine entscheidende Rolle. Im Leuna-Werk heißt das also, bei den Betriebsrätewahlen den Kampf um die Gewerkschaftsliste in erster Linie zu führen. Die oppositionellen Metallarbeiter von Merseburg und Dürrenberg haben sich bereits in einem Flugblatt an die gewerkschaftlich organisierten Kollegen des Leuna-Werks gewandt und sie aufgefordert, mit ihnen gemeinsam für die Aufstellung von Kandidaten einzutreten, die gewillt sind, mit der reformistischen Gewerkschaftspolitik Schluß zu machen. Welche heillose Angst die reformistische Gewerkschaftsbürokratie vor dem Zustandekommen einer solchen Einheitsfront bei den Betriebsrätewahlen hat, das beweisen die Ausschlußandrohungen, die der Reformist Tenhagen gegen eine große Anzahl oppositioneller DMV-Mitglieder in Merseburg ausgestoßen hat. Nun erst recht muß aber der Kampf um die Gewerkschaftsliste weitergeführt werden.

Erinnern wir uns an die Worte aus der Resolution des 5. Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale:

„Die Festigung und Entfaltung der RGO darf keineswegs unserer Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften entgegengesetzt werden. Das eine wie das andere ist notwendig."

Nicht einen Tag dürfen wir die ungeheure Wichtigkeit der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen im Leuna-Werk vergessen. Nicht nur die deutsche Arbeiterklasse, auch das russische Proletariat schaut auf Leuna. Erweisen wir uns unseren Genossen in „Sowjet-Leuna" im roten Beresniki würdig! Leuna, die Kriegsschmiede der Imperialisten, muß ein rotes Bollwerk bleiben!

Was auf dem „Wolfschacht" möglich ist

So werden bei der Mansfeld-AG die von Nazis und SPD bewilligten Subventionen, die der Steuerzahler aufbringen muß, vergeudet

(Arbeiterkorrespondenz)

In der 7. und 8. Sohle auf dem Wolfschacht wurde das Personalflachen am 26. Januar 1933 in Betrieb genommen, das schon am 15. Dezember 1932 laufen sollte. Die Aufsichtsbehörde beanstandete die mit Schienen gelegte Strecke in einer Länge von 800 Meter, weil das Gleis von den Verbindungsenden gewaltige Hucke zu verzeichnen hatte.

Wie kam das? Der Werkdirektor Wirths vom Vitzthumschacht, der Leiter der Werkbahn, hatte alte Schienen geliefert. Man sagt ihm zwar, wie das die Mansfeld-Kumpels in ihrem Alltagsdialekt zum Ausdruck bringen, daß er ein großes Talent besitzt, der Schnauze nach, aber nicht in der Praxis.

Auf der sogenannten Flache Suchsstrecke, wo alle möglichen Rationalisierungsmaßnahmen und Leistungssteigerungen erprobt werden, ist das Leben der Kumpels so billig, daß ruhig einige kaputt gehen können, dadurch wird ja nicht der Profit der Mansfeld-AG geschmälert.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat die hohen Unfallzahlen in einem Antrag zum Ausdruck gebracht. Das stört aber alles den Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Kiefner nicht.

Wer bezahlt nun diese Pfuscharbeit? Herr Wirths oder der Generaldirektor Stahl, doch nicht etwa von ihren Gehältern. Nein, der Steuerzahler und die Kumpels durch weiteren indirekten Lohnabbau und Antreibersystem.

Die Kumpels haben auf dem Wolfschacht errechnet, daß für die Einrichtung des Personenflachens Kosten in Höhe von 500 000 Mark entstehen. Da die Diskussion unter den Kumpels so stark war, wurde bei dem Umbau der verpfuschten Strecke oben und unten abgeschlossen. Ein Aushang verbot strengstens das Betreten des Flachens und wer es ja wagte, dem wurde angedroht, daß er mit einem Schichtlohn bestraft wird, weil Herr Wirths eben bei dieser Pfuscharbeit mit seinen Getreuen unter sich sein wollte. Den Kumpels wurde schon wochenlang vorher klar gemacht, daß wenn die Fahrstrecke in dieser vermarkten Strecke der 7. und 8. Sohle vor sich geht,

dann mehr Schiefer gebracht werden müsse und das Gedinge um 5 Prozent reduziert wird.

Das bedeutet für den Kumpel weiter, daß die 20-Minuten-Wegzeit in Arbeitszeit umgesetzt werden, für die Mansfeld-AG einen Extraprofit von 3000 Mark pro Tag und bei 300 Arbeitstagen 900 000 Mark aus den Knochen der Kumpels herausgeschunden wird.

An der Probefahrt, wo dieses vermurkte Personenflachen in Betrieb genommen wurde, meldete sich durch lautes Gröhlen auch der Obersteiger Lau. Diese unmögliche Figur, genannt „Römmert" oder „Oberkauenwärter", fällt nicht nur den Kumpels, sondern auch den übrigen Vorgesetzten auf die Nerven. Sein Mut ist besonders groß, wenn in der Nähe der Betriebsführer Losseck steht.

Kumpels vom Wolfschacht! Was tut hiergegen der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Kiesner und was tut Krause? Die Betriebsratswahlen stehen bevor. Es gilt um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu ringen, und somit um die Gewerkschaftsliste im Betrieb. Wenn auch der Renegat Krause oppositionelle Gewerkschaftler und solche aus den Gewerkschaften Ausgeschlossene nicht mit auf die Gewerkschaftsliste haben will, so hat nicht er, sondern die Kumpels selbst in Belegschaftsversammlungen zu entscheiden, wer die Interessen der Belegschaft in den letzten Jahren vertreten hat. Nur solche Kandidaten dürfen bei der Betriebsratswahl kandidieren, die das Kampfprogramm der Belegschaft anerkennen und im gemeinsamen Kampf auch durchsetzen.

Infame Kommunistenhetze wird fortgesetzt

Die soeben erschienene neue Verbandszeitung „Die Bergbau-Industrie" Nr. 6 vom 11. Februar ist angefüllt mit Hetzartikeln gegen die Einheitsfront. Wir wünschen, es könnte jeder Arbeiter lesen, in welch hetzerfüllter Sprache die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gegen

diejenigen Arbeiter toben, die in den Betrieben die antifaschistische Einheitsfront des Kampfes herstellen wollen.

In einem Artikel mit der Ueberschrift „Kameraden achtet auf die Arbeiterzersplitterer" heißt es:

„Die KPD hat sich bisher so intensiv und so lange an der Spaltung der Arbeiterbewegung begeistert, daß dieser Spaltungseifer anscheinend zu einer fixen Idee geworden ist.

Die KPD treibt mit dem Wunsch aller klassenbewußten Arbeiter nach einer einheitlichen Arbeiterfront, die, zumal nach der Vereinigung aller Reaktionäre in der neuen Harzburger Front, dem Lebensinteresse der Arbeiterklasse entspricht, nur ein demagogisches Schindluderspiel."

Arbeiter, was bedeutet diese Sprache? Ohne jede Begründung wird behauptet, daß die Kommunisten die Einheitsfront nicht wollten. Dabei haben die Kommunisten in Hunderten von betrieblichen Bewegungen gegen den faschistischen Terror in Stahfurt und Lübeck bewiesen, daß sie mit allen Kräften für die Herstellung der antifaschistischen Einheitsfront des Kampfes sind. Auch bei der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen setzen die oppositionellen Kollegen alles ein, um die Einheitsfront in den Betrieben zu schließen.

Warum aber hetzen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in so infamer Weise gegen die Kommunisten? Weil sie die Einheitsfront nicht wollen. Das müssen die Arbeiter erkennen. Die Arbeiter müssen erkennen, daß sie die Einheitsfront gegen den Willen der SPD-Führer und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer herstellen müssen. Dann wird die Einheitsfront des Kampfes zustandekommen.

Buchdrucker protestieren gegen Verbote

In der Bezirksgeneralversammlung des Buchdruckerverbandes in Konstanz wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt:

„Die heutige Bezirksgeneralversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker protestiert ganz energisch gegen die von der Hitler-Regierung als erste Regierungsmaßnahme ausgesprochenen zahlreichen Verbote proletarischer Zeitungen.

Wir fordern sofortige Aufhebung sämtlicher Verbote und verlangen für die revolutionäre Arbeiterschaft völlige Presse- und Versammlungsfreiheit."

Die graphischen Arbeiter sind durch die Hitler-Notverordnung besonders schwer betroffen. Nicht nur sind schon zahlreiche Pressverbote verhängt, auch viele Verleger werden abgeschreckt, in Deutschland Drucksachen, Bücher usw. herzustellen, die den Nazis mißfallen könnten. Die Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe ist in letzter Zeit weiter gestiegen. Es droht Erwerbslosigkeit für weitere Tausende graphischer Arbeiter.

Die Aufhebung der ungeheuerlichen Hitler-Notverordnung ist, wie für alle Werktätigen, vor allem auch für die graphischen Arbeiter eine Lebensfrage. Es gilt darum, besonders für die graphischen Arbeiter, in der Tat den Kampf gegen die Unterdrückung der revolutionären Presse zu führen.

Streik in Kiel geht weiter

Der Streik der ca. 50 hiesigen Heizungsmonteure gegen Lohnabbau geht weiter, Uebt Solidarität! Zuzug ist fernzuhalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193302l3-13/fragment/page=0005

HALLE

Montag, den 13. Februar 1933.

Wußten Sie schon . . .?

„Mutter, warum haben wir denn heute wieder kein warmes Mittagsbrot", fragt die neunjährige Lotte.

„Weil wir kein Geld mehr haben, mein Kind, und weils erst nächste Woche wieder was gibt. Vorgen tut uns auch keiner mehr was", antwortet die Mutter und wagt es nicht, dem Kind ins Gesicht zu sehen.

Der Mann ist arbeitslos. Ueber drei Jahre ist es her, daß er das letztemal Lohn bekam. Und all das kühne Hoffen, daß er wieder einmal Arbeit bekommt, ist vorbei, ausgeträumt. Alles ist in Bruch. Die Wäsche zerrissen, Kleidung zerrissen, Schuhe zerrissen. Alles hin. Alles? Nein, nicht alles.

*

Früher, da stand sie und der Mann noch auf dem Standpunkt, daß ihnen der Kampf der Arbeiter gegen ihre Ausbeuter nichts angehe. Heute stehen sie in der Front der Arbeiterklasse. Ihr Wille streitt das Kind. Es spielt. Hat es das Mittagessen vergessen? Es wird immer blasser. Hunger. Und doch gibt es alles im Ueberfluß. Es ist genug da, verdirbt, verfault, wird nicht geerntet, weil es keinen Profit bringt. Und Millionen hungern und frieren, weil sie keine Arbeit haben . . . Kein Geld.

*

Drei Tatsachen, die sie in einer bürgerlichen Zeitung zum Nachdenken für Zeitungsleser gelesen hatte, fallen ihr wieder ein. Wie hieß es doch gleich? Ach so.

„Wußten Sie schon . . .?

. . ., daß von der letztjährigen Kohlernte in Deutschland 25 Prozent auf den Feldern verdarb, weil es keine Verkaufsmöglichkeit gab?

. . ., daß in Schleswig-Holstein und Mecklenburg gar 54 bis 50 Prozent der Weiß-, Rot- und Wirsingkohlfelder nicht abgeerntet wurden, weil die holländische Einfuhr den Markt bereits vollkommen befriedigt hatte, ehe der deutsche Kohl auf den Markt kommen konnte?

. . ., daß im Reichsdurchschnitt ca. 15 Prozent von deutschen Gurken, Salat, Spinat und Bohnen verdarben, weil infolge des ausländischen Ueberangebots die Preise so niedrig waren, daß sie nicht einmal die Frachtkosten deckten?"

Man macht das Ausland dafür verantwortlich. Will ablenken von den eigenen Schuldigen. Obwohl es dort auch Arbeiter gibt, die hungern. Es sind nicht unsere Feinde. Es sind unsere Klassengenossen. Sie kämpfen gegen ihre Kapitalisten, wie wir gegen unsere. Ihr Kampf ist der unsere, wie der unsere der ihrige ist.

Diese haben das noch nicht gewußt, die noch abseits stehen. Jede der drei Fragen spricht eine eigene Sprache. Warum verteilt man denn das Zeug nicht? Warum? Weil immer wieder die Frage des Profites jede einzelne Handlung der kapitalistischen Machthaber bestimmt. Es kümmert sie nicht, wie viel hungern. Es fragt keiner, wie viel frieren. Aber die Ausbeuter schimpfen auf die Kommunisten, die sich der Not annehmen. Die nichts anderes wollen, als den Profit ausschalten, um nicht einzelnen Nutznießern der Arbeit ein sorgenloses Leben zu gestatten, während Millionen hungern.

*

Das alles denkt die Mutter, als sie von einem Brotkanten ein paar dünne Scheiben abschneidet. Heute gibts noch Brot, morgen, übermorgen? All die Tage, bis man wieder ein paar Pfennige bekommt. Wie lange noch?

Brutaler Naziüberfall am Frankeplatz

A.-K. Am Sonnabend verkaufte ich den „Klassenkampf", das „Rote Echo" und die „AIZ" am Frankeplatz. Gegen 16.15 Uhr stellte sich ein Genosse zu mir und wir unterhielten uns. Auf einmal kamen etwa 250 uniformierte Nazis den Moritzzwinger hoch. Die Nazis hatten offenbar wieder Bürgerkriegsübungen auf der Peißnitz abgehalten. Als 75 Mann am Frankeplatz vorbei waren, sprangen plötzlich 5 Mann aus dem Zuge und stürzten auf den Genossen, um ihm das Abzeichen abzureißen. Nach getaner Arbeit reihten sie sich wieder ein. Da rief einer aus dem Zuge: „Da, der auch!" Ich merkte sofort, daß sie es auf mich abgesehen hatten und wollte mich entfernen, weil ich keinen Schutz zur Verfügung hatte. Die Nazis holten mich aber ein und umstellten mich.

Jetzt schlugen 5 mit Spaten und Gummiknüppeln (!) bewaffnete SA-Banditen auf mich ein.

Einer von ihnen fuchtelte mit einem Messer herum. Da einige vorübergehende Arbeiter mir zu Hilfe eilten, ließen die Nazis von mir ab. Ein Ueberfallkommando erschien. Ich erhob bei der Polizei Protest gegen den feigen Naziüberfall auf wehrlose Passanten. Die Polizei tat aber gar nicht dergleichen. Wir gingen mit bis zur Frankestraße und verlangten von der Polizei, daß die erkannten Täter verhaftet werden sollten. Aber nichts geschah.

Am Frankeplatz hatte sich indessen eine große Menschenmenge angesammelt. Alle Leute machten ihrer Empörung über die Apachenmethoden der Nazis Luft. Dabei wurde ich reißend den „Klassenkampf" los. Die Polizei erschien wieder und zerstreute die Menschenmenge, wobei laute Protestrufe gegen den Naziterror ausgebracht wurden.

Stundenplan der Masch

Woche vom 13. Februar bis 18. Februar

Montag, den 13. Februar, 16 Uhr, Russisch für Fortgeschrittene.
Montag, den 13. Februar, 20 Uhr, Dialektischer Materialismus für Anfänger.
Dienstag, den 14. Februar, 18.30 Uhr, Einführung in das Studium des Marxismus.
Dienstag, den 14. Februar, 20 Uhr, Presse und Reportage.
Mittwoch, den 15. Februar, 18 Uhr, Russisch für Anfänger.
Mittwoch, den 15. Febr., 20 Uhr, Geschichte der Gewerkschaften.
Donnerstag, den 16. Febr., 20 Uhr, Oekonomische Grundlehren.
Freitag, den 17. Februar, 20 Uhr, Arbeitsgemeinschaft über Anti-Dühring.
Sonnabend, den 18. Febr., 20 Uhr, Das kommunistische Manifest.

Gebühren pro Doppelstunde: 15 Pfennig. Die Teilnahme an den Kursen ist jedermann offen. Auskunft täglich ab 16 Uhr im Schullokal Charlottenstraße 9.

Polizeiattacken gegen Hallische Arbeiter

Arbeitermassen in den Straßen und am Roßplatz — Viele Arbeiter verhaftet

Welch gewaltiges Echo der Aufruf des Ortsausschusses des ADGB und des Vollzugsausschusses der Betriebsräte in Halle zur Demonstration am Sonnabend in der Arbeiterschaft gefunden hat, zeigt sich an der Tatsache, daß am genannten Tage gegen 16 Uhr am Roßplatz rund 2500 Arbeiter versammelt waren, die zumeist von dem Verbot der Demonstration durch den Polizeipräsidenten noch nichts wußten. Derunter sah man viele hunderte sozialdemokratischer Arbeiter mit den Drei-Pfeil-Abzeichen. Die Tatsache, daß die Zahl der sich versammelnden Arbeiter von Minute zu Minute größer wurde, gab der Polizei Veranlassung, in schärfster Weise gegen die Arbeiter vorzugehen. Ueberfallkommandos kamen und fuhren weg. Jeder wegfahrende Polizeiwagen hatte ein halbes Dutzend Verhaftete aufgeladen. Im ganzen sind weit über 50 Arbeiter auf diese Art nach der nächsten Schupokaserne gebracht worden. Die Verhaftungen gingen nach einem ganz bestimmten System vor sich. Alles, was ein Abzeichen trug, wurde mitgenommen. Dabei war es ganz gleichgültig, ob es sich um das Drei-Pfeil-Abzeichen der Eisernen Front oder die Plakette der Antifaschistischen Aktion handelte. Als die Abzeichenträger fast restlos nach der hier aufgezeigten Methode weggebracht worden waren, nahm die Polizei alles, was eine blaue Schiffermütze mit Lederschirmriemen trug, mit.

Auf alle Träger solcher Kopfbedeckungen wurde eine richtige Jagd veranstaltet, wobei man nicht etwa die in immer größere Empörung geratenden Massen nach einer Straße hin abdrängte, sondern von vorn und hinten zusammentrieb und dann die Festnahmen tätigte. Dabei wurde zum ersten Male eine neue, ganz brutal wirkende Form des Abtransports der Sistierten durchgeführt.

Sobald die Arbeiter auf die Ueberfallwagen hinaufgestoßen waren, wurde verlangt, die Hände hinter dem Kopf gefaltet zusammenzulegen. Kam einer der Festgenommenen diesem Verlangen der Polizei nicht sofort nach, bekam er so lange Gummiknüppelhiebe auf die Hände, bis er die gewünschte Handlung vorgenommen hatte.

Durch all die Tatsachen bemächtigte sich der Arbeiter eine große Erregung. Spontane Niederrufe auf das Demonstrationsverbot wurden ausgebracht. Darauf ging die Polizei unter Anwendung des Gummiknüppels gegen die Demonstranten vor. Mancher Bürger, der zufällig vorbeikam, bekam ihn zu spüren. Proteste gegen das Vorgehen der Polizei wurden laut.

Die Gefangenentransporte wurden spontan mit „Rot Front"- und „Freiheit"-Rufen begrüßt, in die Hunderte einstimmten.

Das Polizeiaufgebot wurde immer stärker, die Beamten von Minute zu Minute nervöser. Erst nach einer Stunde gelang es der Polizei, den Platz und die angrenzenden Straßen zu säubern.

Besonders empört über das Vorgehen der Polizei waren die Geschäftsleute der Gegend. Laut schimpften sie aus ihren Ladentüren heraus. Sie riefen den Beamten zu, doch die Leute in Ruhe zu lassen. Das ganze Geschäft, das am Sonnabend nachmittag von der Geschäftswelt erwartet wird, ging durch das Abkämmen der Straßenzüge durch die Polizei in die Brüche. Ja, man holte sogar einzelne Kunden aus den Läden heraus.

Besonders hervorheben muß man noch, daß die im „Aktiengarten" stationierten Nazis auf dem Sprunge lagen, um in die Aktion einzugreifen.

Die Hallische Arbeiterschaft ist durch das Vorgehen der Polizei sehr entrüstet. Während die provokatorisch auftretenden Nazis Tag und Nacht in den Straßen herumlungern, ohne von der Polizei behelligt zu werden, geht man gegen Arbeiter mit allen Mitteln vor. Sie werden von Nazis und Polizei wie Freiwild behandelt.

Die sich anbahnende Einheitsfront der Tat wird jedoch nicht aufgehalten werden.

Daran ändert auch die Polizeiattacke am Sonnabend nichts. Immer mächtiger wird die Front des Einheitsfrontgedankens. Die praktische Anschauungsunterricht am Sonnabend nachmittag wird seine Früchte zeitigen.

Es gilt jetzt, in den Betrieben den letzten Mann mobil zu machen. Die Belegschaften müssen Protest erheben gegen Polizeimaßnahmen. Fordert Belegschaftsversammlungen, zeigt, daß die Arbeiterklasse eine unüberwindliche Macht ist.

6 Mark Unterstützungsabbau in Wörmlitz-Böllberg

Die Gemeinde Wörmlitz-Böllberg ist dazu übergegangen, an den Wohlfahrtserwerbslosen einen ungeheuerlichen Unterstützungsabbau durchzuführen. Bei der letzten Auszahlung sind den Wohlfahrtsempfängern drei Mark abgezogen worden. Aber dabei soll es nicht bleiben. Den Erwerbslosen wurde erklärt, daß sie bis zum 15. März noch drei Mark „Winterhilfe" erhalten. Nach dem 15. März kommt diese „Winterhilfe" in Wegfall! Das bedeutet also, daß von der bisherigen Unterstützung nochmals drei Mark abgezogen werden sollen. Es handelt sich also um einen Unterstützungsabbau von insgesamt sechs Mark! Unter den Wohlfahrtserwerbslosen herrscht begreiflicherweise eine ungeheure Empörung!

Dieser Unterstützungsabbau bedeutet eine weitere ungeheure Verschlechterung der Lebenshaltung der Erwerbslosen! Und das im Zeichen der neuen „nationalen Regierung", die versprach, die Not zu beseitigen. Die Erwerbslosen müssen eine einheitliche Abwehrfront gegen den Unterstützungsabbau, für die Verteidigung ihrer Lebensinteressen schaffen!

Gespräche mit kleinen Geschäftsleuten

über die erhöhten Zollsätze für Fleisch und Schmalz und ihre Auswirkungen

Am Sonnabend konnte man in vielen kleinen Lebensmittelgeschäften lange Diskussionen belauschen, die sich mit den durch die Zeitungen gemeldeten Zollerhöhungen für Fleisch und Schmalz beschäftigen. Nachfolgend bringen wir einige Aeußerungen von kleinen Geschäftsleuten zum Abdruck:

In einem Kolonialwarenladen

In einem Kolonialwarenladen erzählt der Inhaber seinen Kunden, die ständig kommen und ständig gehen, die Neuigkeit. Viele wissen sie bereits durch die Zeitung, den Arbeitslosen ist sie aber fast immer neu. Zuerst glauben die Hausfrauen, die zwischen sechs und sieben letzte Besorgungen machen, daß der Kaufmann das nur so erzählt — aber er zeigt ihnen auch die Zeitung.

„Sehnse sich das mal an, Schmalz von 12.50 Mark Zoll auf 30 Mark gestiegen! Rechnen Sie sich mal aus, was das für ein Pfund macht! Das sind ja fast 29 Pfennig beim Pfund. Jetzt kostet ausländisches Schmalz 47 Pfennig — und da werden zwei ganze Groschen draufgeschlagen! Na — wo soll denn das hinführen!"

„Ach du lieber Gott" sagt eine ältere, verhärmte Frau, „und wir haben doch jetzt immer bloß Schmalz jenommen, weil das am billigsten war. Und es ist doch immer noch besser als Margarine."

„Das wird noch anders kommen, noch viel besser, passen Sie mal auf!" wirft ein Mann dazwischen, ein Angestellter offenbar, der auf dem Wege nach Hause ist. „Fleisch wird doch auch teurer, das müssen Sie dazu sagen!"

„Ja, richtig", meint der Kolonialwarenhändler und wiegt Zucker ein. „Ausländischer Speck vor allen Dingen, da kommen auch 25 Mark mehr auf einen Doppelzentner. Es kann nicht teuer genug sein — und dann schimpfen die Leute auf uns."

„Wenn das das „Dritte Reich" sein soll —", sagt die ältere Frau.

„Nee, das is erst ne Kostprobe", knurrt der Angestellte.

Der Fleischer erzählt:

„Bei mir gingen auf drei Pfund amerikanisches immer ein Pfund deutsches Schmalz weg. Ich werde jetzt weniger einkaufen, denn daß das Schmalz nich mehr so gehen wird, wies geht, das is doch klar. Und sehn Se sich doch das mit dem Fleisch an — da schnürt einem ja noch ganz die Gurgel zu!"

„Rindfleisch — das hat 24,50 Mark per Doppelzentner Zoll gekostet. Jetzt haben sie das um mehr als die Hälfte erhöht. Der Doppelzentner kostet jetzt fuffzig Mark. Beim Hammel genau so — von 22.50 auf 45 Mark. Immer gleich ums Doppelte. Und dann bei eingeführtem Frischfleisch — da bleibt einem ja der Atem weg — bis zu 280 Mark pro Doppelzentner. Das is doch unbezahlbar. Ich hab ja keins — aber mich gehn doch die Viehpreise an.

Was die Leute so kaufen? Na — genau kann ich das nich sagen. Aber es is doch so, daß eine Arbeitslosenfamilie in der ganzen Woche höchstens ¾ Pfund Fleisch kauft. Nu rechnen Sie sich mal nach, wie man da fressen muß, daß man die Miete und alles bezahlt. Und jetzt muß das Fleisch wieder teurer werden, wird natürlich noch weniger gekauft. Da werden se bloß 'n halbes Pfund holen kommen. Und ich . . ."

Er macht eine Pause.

„Wissen Se, das hätt ich den Nazis nich zugetraut. Das hat ich Ihnen unter uns. Aber das hätten viele nicht gedacht. Mein Bruder hat doch 'n Fleischerladen und der is Nazi. Na — mit der sagen wird, da bin ich ja neugierig. Das geht ihm doch jetzt och mit an den Kragen. Da muß er doch endlich mal sehen, wie gepielt wird. Und er hat doch von den Erhöhungen ebenso wenig wie ich. Das stecken doch andere in die Tasche."

Dann läßt er den Rolladen herunter.

Am 15. Februar wird er die Preisschilder ändern müssen.

Die Nazis sagen: Fleischverbrauch ist ungesund

Im Jahre 1932 erschien im Münchner Nazivertag eine Schrift „Wirtschaftschaos oder Volkswirtschaft" von Silesius. In dieser nationalsozialistischen Broschüre gibt Herr Silesius Aufklärung über wirtschaftliche Maßnahmen, die die Nationalsozialisten nach ihrer Machteroberung durchzuführen gedenken. An einer Stelle dieser Broschüre heißt es:

„Ein sehr wichtiges Kapitel stellt die „Umstellung des Verbrauches" dar. . . Es ist freilich nicht zu vermeiden, daß mit der Umstellung des Verbrauches eine gewisse Enstagung, vielleicht ein Opfer auf seiten der Konsumenten verbunden ist. Hier hat Nationalsozialismus zu Taten Gelegenheit. Zunächst handelt es sich um den derzeit herrschenden ungemein hohen Fleischverbrauch, der nicht nur höchst ungesund, sondern auch unwirtschaftlich ist."

Auf gut Deutsch heißt das nichts anderes, als die Naziführer wollen noch mehr Hunger für den Arbeiter. Auch das letzte Stückchen Fleisch soll nach dem Willen des Naziführers vom Tisch des Werktätigen verschwinden. Die neuen erhöhten Zollsätze für Schmalz und Fleisch bringen ja auch eine Verteuerung des Fleisches und so hätten ja die Nazis auf diesem Gebiete bereits den ersten „Erfolg" errungen.

Nette Zustände bei Freyberg, Halle

(Arbeiterkorrespondenz)

Die immer schlechter werdenden Arbeitsverhältnisse innerhalb des Betriebes der Hallischen Freyberg-Brauerei zwingen uns, diese Zustände endlich der Arbeiteröffentlichkeit zu unterbreiten.

Mit Hilfe der Gewerkschaften wurde bekanntlich ab 1. April nur eine gewaltige Verschlechterung des Manteltarifs vorgenommen. Dazu gehört auch ein Lohnabbau. Der neue Tarif war noch nicht heraus, als der Braumeister schon den Betriebsrat mitteilte, daß die Kollegen des inneren Betriebes Ferien machen sollten. Aber wie! Wöchentlich sollte ein Tag genommen werden, obwohl schon seit zwei Jahren 5 Tage nur in der Woche gearbeitet wird. Das schönste ist aber, daß die Handwerker sogar voll arbeiten und die Kollegen überhaupt nicht wissen, ob der sechste Tag bezahlt wird, oder ob er — wie bisher schon öfter geschehen ist — in der darauf folgenden Woche abgebummelt wird.

Vor etwa vier Wochen hatte sich ein Fall abgespielt, der kennzeichnend ist für die Methoden bei Freyberg. Zwei Kollegen hatten sich etwas Malzkeime mitgenommen, ganz minderwertige Sachen, die gewöhnlich auf den Misthaufen geworfen wird. Jahrelang hat niemand etwas gesagt, wenn das vorgekommen war.

Aber der neue verschärfte Kurs bei Freyberg bedingt, daß man solche Kollegen, die man „auf dem Zuge" hat, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit entläßt.

Es handelt sich um zwei Arbeiter, die schon über 20 Jahre im Betrieb sind. Der dritte erhielt acht Tage Strafurlaub ohne Bezahlung. Ueberhaupt gibt es bei jeder Gelegenheit Strafen.

Kollegen der Freyberg-Brauerei, Arbeiter von Halle! Das sind nur einige kurze Streiflichter, denen in der nächsten Zeit noch mehr folgen werden. Vor allem gilt es jetzt bei der Betriebsratswahl einheitlich und geschlossen zu stehen, damit es bei Freyberg wieder anders wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193302l3-13/fragment/page=0006

Roter Arbeitersport

Lieskau von Minerva Halle mit 4 : 1 (3 : 0) geschlagen

Mit einer großen Ueberraschung endete das zweite Spiel für Lieskau. An derartige Niederlage hatte niemand gedacht. M. spielte wie aus einem Guß. Vom Anfang an lenkte F. das Tempo vor und zingen bald in Führung. Tüchtig strengte sich T. an, aber die M.-Hintermannschaft stand ihren Mann und stärkte immer im letzten Moment. Ein flotter Angriff M. und der Ball prallt durch Kopfball den zweiten Treffer ein. Auf und ab wogte der Kampf. Das Tempo wird immer schneller, aber nichts gelingt der L. Aber ein Durchbruch bei M. das Hüten nützt der Mitt aus und der dritte Treffer ist fällig. Nach Halbzeit ist L. in Front, jedoch ohne Erfolg. Verhilft sich mit Geschick und macht sich frei. Endlich kann L. einen Treffer buchen. Dadurch angestrengt drückt L. beängstigend, doch ist die gegnerische Abwehrmannschaft auf der Hut. Ein lang vorgelegter Ball wird noch schlechter. Abwehr von M. zum vierten Tor scharf eingeschossen. Das Spiel wird härter, L. drückt auf Tempo bis zum Schluß. Bei M. klappte es in diesem Spiel vorzüglich, einige kleine Schnitzchen wurden nicht vom Gegner ausgenutzt. Bei L. sah man fast keine vollendete Aktion, der Sturm arbeitete gut Hand in Hand, aber der Torschuß fehlte. Im Feldspiel waren sie sicher, aber der Sturm war für den Sieg ausschlaggebend.

Ein Elfmeter entscheidet

Im zweiten Spiel um die Bezirks-Fußballmeisterschaft sah man ein sehr ausgeglichenes Treffen. Teicha zeigte gegen Fortuna-Bölau äußerst harten Widerstand und bei etwas mehr Glück konnte Teicha eine Niederlage bestehen. Der wenigstens einen Punkt lassen. Mit Höllentempo legte T. los und brachte gute Kombinationsmaschine von F. tüchtig durcheinander. Bald führte T. recht scharf und plaziert geschossenen Ball war kein Kraut gewachsen. Es brenzlig sich köstlich an, aber alles ging Handen oder wurde Beute des in Form befindlichen Teicher Torhüters. Einen von zwei Meter gleichgesinnt hielt er mit dem Gesicht, in anderen Situationen faustete er, oder warf sich in den dicken Schlamm, aber er hielt sein Heiligtum rein. Nach einem Ausflug des F-Torhüters fiel der zweite Treffer für T. Das ist F. zuviel. Durch die nasse Boden läßt das Spiel nicht in Fluß kommen, lediglich ein plazierter Schuß findet das Netz. Nach Halbzeit bleibt T. immer im Angriff. F. drückt gewaltig auf Tempo. Auf und ab, von Mann zu Mann wandert der Ball. F. ist im Torschuß fleißiger, aber der Torhüter, er war nicht zu überwinden. John Minuten vor Schluß spielt der Läufer, und der Rechtsaußen F. kommt frei und sendet haarscharf zum Torpfosten ein. Das war das Signal für F. Mit allen Finessen legen sie sich in den Kampf. Mit Macht preßt sich T. tief der Abwehr ein. Foul. Der Elfmeter wird verwandelt. Siegestreffer schart eingeschossen. T. tut nur den Pfosten bei einem flotten Durchbruch. Zum Schluß noch eine Ecke für T. und dann ist das spannende Treffen zu Ende.

Tabelle der Fußball-Meisterschaftsspiele

Fortuna	2	2	—	7:1	4:0
Minerva	1	1	—	4:1	2:0
Biesdau	2	1	—	5:4	2:2
Osthers	1	—	—	2:4	0:2
Teicha	2	—	—	4:7	0:4

Blau-Weiß 1—Viktoria 1 2:4. Zweite 1:2. Dritte 3:0.
Lobetitz 1—Dürrenberg 1 2:1. Zweite 2:0. Jgd. 3:4.
Trotha 1—Wörmlitz 1 5:2. Zweite 4:0. Dritte 3:0. Trotha 1. Sch. gegen PSV 3:0. Zweite 3:0. Trotha Jgd.—Cröllwitz 6:0.
Friedrich-Ewers 1—ASC 1 3:4.
Passendorf 1—ASC 2 3:6. Zweite 0:9. Druckdorf 1—ASC 4 2:3.
Trotonia 1—Sportdrübler 1 3:1.
Ostrau 1—Theißen 1 4:0. Zweite 0:4. Dritte 3:1.
Sportfreider 2—Peißer 1 3:3. Sportfreider Sch.—Cröllwitz 0:5.
Reideburg 1—Ammendorf 1 2:4. Zweite 1:5. Jugend 3:1.
Cröllwitz 1—Giebichenstein 1 3:4. Atlas Jgd.—Sportlust 1:2.
Lettin 1—Atlas 3 1:1. Dritte 1:3. Minerva Sch.—Fortuna Sch. 3:0.

Handball. Diesdorf 1—Unterröblingen 1 9:1. Zweite 12:0.
Mehrere Spiele fielen den schlechten Bodenverhältnissen zum Opfer.

Am Montag, dem 13. Februar, findet nach der Geschäftsstunde eine Technikerkonferenz statt. Jeder dem Bezirk angeschlossene Verein hat seinen Techniker (Spielleiter) zu entsenden. Mandat nicht vergessen.

Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:
1. Serienspiel-Festlegung für die Runde 1933/34. Einteilung der Klassen und Gruppen im Bezirk.
2. Organisatorisches.

Radfahrersparte

Montag, den 13. Februar, findet in Wörmlitz, Gasthof, eine Bezirksversammlung statt. Die Bezirksleitungsmitglieder haben vollzählig zu erscheinen. Anfang 8 Uhr.

Achtung! Radsparten-Vereine. Dienstag, den 21. Februar, findet unser nächster Schriftkursus in Reideburg, Lokal Röder, statt. Alle Vereine senden zwei oder drei Schüler. Anfang 19.30 Uhr. Erscheinen ist Pflicht. Besonders Möglich und Nietleben.

Die Meister der Serie 1932/33

Da noch verschiedene Serienspiele ausstehen, sowie nicht alle Spielformulare eingegangen sind, sind zurzeit an der Aufstellung der Gruppenmeister keinen Einfluß mehr, sondern nur die Gruppen selbst veröffentlicht, die vollständige Tabellen durch die Mängel nicht berichtet werden können; darum bei der nächsten Serie mehr Disziplin und Ordnungsliebe, sendet Spielformulare pünktlich ein, um ein ungerechtfertigtes Arbeiten zu vermeiden.

1. Klasse, 1. Mannschaft.		3. Gruppe:	Bettin
1. Gruppe:	Teicha	4. Gruppe:	Cröllwitz
2. Gruppe:	Minerva	5. Gruppe:	Fortuna
3. Gruppe:	Biesdau	**Jugendklasse.**	
4. Gruppe:	Reideburg	1. Gruppe:	Trotha
5. Gruppe:	Fortuna	2. Gruppe:	Giebichenstein und Druckdorf punktgleich.
1. Klasse, 2. Mannschaft.		3. Gruppe:	Viktoria
1. Gruppe:	Askania	2. Klasse, 1. Mannschaft.	
2. Gruppe:	Druckdorf	1 Gruppe:	Dölnitz
3. Gruppe:	Viktoria	2. Gruppe:	Cölme
4. Gruppe:	Cröllwitz		
5. Gruppe:	Fortuna	3. Klasse, 2. Mannschaft.	
4. Klasse, 3. Mannschaft.		1. Gruppe:	Zscherben
1. Gruppe:	Askania	2. Gruppe	Delitz
2. Gruppe:	Minerva		

Somit sind Dölnitz und Cölme zur 1. Klasse auf Giebichenstein und Druckdorf Jgd. spielt am 26. Februar 1933 (Trotonia-Platz) um den Meisterschaftspokal um die Gruppenmeisterschaft.

Arbeiter-Sport- und -Kulturkartell

Der Agitationsbezirk Halle führt am Freitag, dem 17. Februar, im Lokal „Friedrichsgarten" eine große Funktionärkonferenz durch. Beginn 20 Uhr. Jeder dem Kartell angeschlossene Verein hat seine Gesamtfunktionäre zu dieser Konferenz zu entsenden. Wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbücher nicht vergessen.

Rundfunk-Programm

Dienstag, 14. Februar

6.15 Uhr: Funkgymnastik. 6.35—8.15 Uhr: Frühkonzert. 9.45 Uhr: Wetterdienst. 9.55—10.30 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11 Uhr: Werbenachrichten verbunden mit Schallplattenkonzert. 12 Uhr: Konzert deutscher Orchester. 13 Uhr: Kurznachrichtendienst, Wetterdienst, Schneemeldungen und Zeitangabe. 13.15 Uhr: Solisten-Weltreise (Schallplatten). 14 Uhr: Erwerbslosenfunk. 14.15 Uhr: Werbenachrichten verbunden mit Schallplattenkonzert. 15 Uhr: Büchereistunde für die Jugend. 16 Uhr: Blindenfürsorge einst und jetzt. 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 17.30—17.55 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 18.05 Uhr: Frauenfunk. 18.30 Uhr: Sprachunterricht (Französisch). 19 Uhr: Fragen der ärztlichen Lebensgestaltung. 19.30 Uhr: Militärkonzert. 21.10 Uhr: Aus den Kehlen der Alten deutschen Minnesänger. 22.05 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 24 Uhr: Erstaufführungen aus Manuskripten.

Der Weg zum Kunden

Halle

Trinkt die gute Milch aus der Halleschen Molkerei

Sparkasse des Saalkreises

Hauptstelle: Halle a. d. Saale, am Stadttheater
35 Nebenstellen
Wir dienen dem Volke!

Molkerei Niemberg empfiehlt ihre Produkte in bester Qualität

Eisenwaren u. Hausgeräte im Spezialgeschäft

Besucht Kaffeehaus Laue
Halle, Leipziger Str. 61-62
Solide Preise — Gutes Gebäck

M. Schellenberger, Burgenbreiter Straße 80
Kolonialwaren, Spez. hausschl. Wurstwaren 5% Rabatt

Schütze Deine Familie durch Beitritt zur Begräbnis-Versicherung „Deutscher Herold"
Geschäftsstelle: Max Burkel
Hallesche Beerdigungs-Anstalt „Pietät"
Kl. Steinstraße 4 — Ruf 26393

Willi Strunk, Fleisch- und Wurstwaren
Schwerselbstraße 19

Eßt „Müller-Brot"!

Möbelhaus „Hallensia"
Merseburger Str. 1

Besser essen
weniger dafür ausgeben, kauft bei
Butter-Krause

Trinkt Milch von der Molkerei Trotha
Händler kaufen: Alle Kurzwaren, Stahlwaren, Seifen, Strümpfe, Textilwaren z. Westen zu Fabrikpreisen bei Arthur Pommer, Großhandlung, Landwehrstr. 9

Geh' mit Deiner Familie Sonntags ins Gasthaus essen!

W. Pretzsch's Bierstuben
Merseburger Str. 54
Jeden Sonntag Konzert v. 4 Uhr ab. Angenehmer Familienaufenthalt

Wo??? in Halle verlebt man die angenehmst. u. gemütlichsten Stunden?
im Café „Freischütz"
Inh. H. Hartung, Kl. Ulrichstr.

Lest gute Bücher!

Wohin? in's „Rest. Friedrichsgarten"
Friedrichstr. 23 / Tel. 34467

Kurz — Wollwaren, Trikotagen
im Arbeiter-Konsum!

Wo speise ich gut u. billig?
Bei Stroh's Nachfg.,
Leipziger Straße 54

Karl Böhlert Roßschlächterei
f. Fleisch- u. Wurstwaren
Lilienstr. 3, Nähe d. Ammendorf

Arbeiter, deckt Euren Bedarf an Gurken u. Sauerkraut im
Arbeiter-Konsum!
Wettin a. S.

Brot- und Feinbäckerei
Albin Gehrmann, Könnerische Str. 357

Bäckerei Albert Bieser
Könnersche Straße 73

Kolonialwaren, Farben, f. Pfeffer
Gustav Köhler, Tel. 293

Lebensmittel & Bäcker Wettin 219

Unser Bierverlag liefert in Flaschen
zu Festlichkeiten u. für den Haushalt Köstritzer Schwarzbier und Kulmbacher Export / Lagerbier aus der Brauerei Schaade, Dessau
A. Scheibe, Karlstr. 4 Fernspr. 263 68

Drei Könige (RAKETE)
Bier à Glas 15 Pfg.
Vorzügliche Küche

Lebensmittel
E. F. Fischer
Colbenbergweg 13

Eckstein's Fleischzentrale
Böllberger Weg 14

Möbel
Geschmackvolle Wohnungseinrichtungen zu bekannt niedrigst. Preisen
Gebr. Junghlut
Halle a. S. Albrechtstr. 37

Deckt Euren Bedarf an Gurken u. Heringe im
Arbeiter-Konsum!

Fritz Dehnhard
Zigarrenhaus
Glaucha er Str. 79

E. Nörenberg
Lebensmittel
Hausschlachten
Eichendorffstr. 1

Lebensmittel
Franz Fleinbach
Spitze 4
Jede Woche Schlachtfest

Halle-Merseburg
Werbekräftige! Kauft nur „Kronenberg-er" Kautabake!
Nordhausen

STANDARD BENZIN — MOTOR OIL — Esso

Arbeiterverkehrslokal empfiehlt sich bestens!

Obst-Spezialgeschäfte
Berliner Str., Bernburger Str.
Königstr.
Wilhelm Pfeiffer

Weiss
Halle - Merseburg - Bitterfeld

Bodensteiner Bräustübl
Merseburger Str. 13 — Ruf 21703
Tägl. die schmackhaften Tellergerichte nur 25 Pf. — Mittags- od. Abendkarte 70 Pf.

Spielwaren
Geschenkartikel, Lederwaren
Große Auswahl in Vereinsartikeln
Albin Hentze, Schmeerstraße 24
Empfehlenswert. Einkaufsquelle all. Organisat.

Materialwaren — ff. Hausschlachtene
Karl Conrad, Merseburger Str. 110

Max Schröder Schmeerstraße 18
Bäckerei — Konditorei

Betten billig nur bei Bettin-Ecke
Carl An enorm
Dr. Ulrichstr. 26 Ecke Jägerstraße

Möbel bei O. Bernhardt
Herrenstr. 10 am Markt

Drogen, Farben, Seifen
Bruno Pretzsch, Mauerstraße 1

Kolonialwaren kauft in Fachgeschäften!

Im Hotel „Weltkugel" am Bahnhof
wohnt man am besten — ißt man am besten!

Schokoladen u. Zuckerwaren
Tornow, Leipziger Straße 32
Die billigste Bezugsquelle

Schuhwaren nur Leipziger Straße 5
Friedrich Ochlschläger

Lest gute Bücher!

Otto Ulbricht, Glaucha er Str. 28
Fleisch — Wurstwaren

Korn & Zöllner
Halle, Gr. Steinstr. 14 (Ecke Mittelstraße)
Fachgeschäft für Werkzeuge — Baubeschläge Eisenwaren

Sanitas-Bad Mittelstraße 20
Alle Sorten Bäder u. Massagen, auch für sämtl. Krankenkassen

Trinkt Euer Freyberg-Bräu!

Betten immer am billigsten
Bettenhaus Bruno Paris
Kl. Ulrichstr. 2 bis Domplatz 9

Kauft beim Inserenten!

Restaurant Sandberg
Gut gepflegte Biere!

660

Deckt Euren Bedarf an Lederausschnitt u. Schuhmacher-Gebrauchsartikel bei H. Pfafferott Gr. Klausstraße 1

Rest. „Burgtheater"
Große Gosenstraße 13
Neue Bewirtschaftung

Ammendorf
Zentral-Molkerei
Linkenstr. 2
Sämtliche Molkereiprodukte

Rind- und Schweineschlächterei
Otto Schieferdecker
Richard-Wagner-Straße 12

Schokoladenhaus Heinrich Schneider
Regensburger Str. 4

Wäsche, Strumpfwaren, Trikotagen kaufen Sie am vorteilhaftesten bei
Zuckermann
Kaufstelle, II — Leipziger Str. 83

R. Donnerstag
Alle Lebensmittel, Teilstraße 5
Fleischerei: Gosenstraße 20

Kramer's Konzerthaus
Delitzscher Str. 2
Täglich Konzert
Montags bis Donnerstags Tanz

Rich. Mordhorst
Lebensmittel, Kolonialwaren
Woche Schlachtfest.
Gunthers Str. 80

Martin Klaus
Zigarren
Zigaretten
Tabak
Merseburger Str. 35

Zigarrenhaus
G. Büchner
Freiimfelderstr. 21

Bei m inserenten kaufen!

Halle-Cröllwitz
Lebensmittelhaus Cröllwitz
Einkaufsquelle der Arbeiterschaft
Dölauer Straße 4

Die werktätige Frau

Frau Schraders Weg

Eine wahre Begebenheit aus unseren Tagen

Frau Schrader hatte einmal, wie man so zu sagen pflegt, bessere Tage gesehen. Das heißt, wie man es nimmt. Im Vergleich zu ihrer jetzigen Lage erscheinen die früheren Tage als die besseren Tage. Auch früher war Schmalhans ständiger Küchenmeister im Haus. Der Mann hatte einen Schusterladen. Den hat er eigentlich noch heute. Aber damals warf der Laden doch noch etwas ab. Man schlug sich so recht und schlecht durch und hoffte auf bessere Tage. Von Politik wußte Frau Schrader nichts. Bei Wahlen pflegte sie für SPD. zu stimmen, weil das ihre meisten Kunden taten, und sich weiter für die Vorgänge nicht zu interessieren. Man war auf die „Morgenpost" abonniert. Hier las sie immer die „Neuigkeiten vom Tage", die tägliche Erzählung vom Warenhausmädel, das ihr Glück gemacht hat, und ein Tag glich dem andern.

Erste Berührung mit Nazis

Dann begann es im Laden abwärts zu gehen. Der Kunden wurden immer weniger und der Einkünfte noch weniger. Eines Tages erschien bei ihr Frau Harz vom Nachbarhaus oder, wie man sie allgemein nannte, die Frau Direktor, weil sie die Witwe eines früheren Fabrikdirektors war. Frau Direktor zählte eigentlich nicht zu den Kunden Schraders. Nur wenn irgendeine kleine Flickarbeit war, schickte sie hier und da ihr Mädchen mit einem Schuh hinunter. Sonst pflegte die Frau Direktor sie keines Blickes zu würdigen.

Sie war daher nicht wenig erstaunt, als plötzlich eines Tages Frau Direktor in einem schönen Pelzmantel bei ihr erschien und sie mit „Frau Nachbarin" ansprach. „Wie geht's, Frau Nachbarin?" Schlechte Zeiten!"

„Für Sie doch nicht, Frau Direktor!"

„Doch, für uns alle."

„Aber Sie kriegen doch Ihre Pension."

„Ja, aber wer ist denn so egoistisch, nur an sich zu denken? Wir wollen doch auch etwas fürs Volk. Sehen Sie, Frau Nachbarin, unser ganzes Unglück ist es, daß wir uns zu wenig kümmern um das, was vorgeht. Wir alle gehen jetzt zugrunde. Um den kleinen Mann, um den kümmert sich keiner, außer der Nationalsozialistischen Partei. Die wollen etwas fürs Volk tun. Aber man läßt sie doch nicht heran."

Sie wird Nazi

Seit diesem Tage pflegte die Frau Direktor tagtäglich die Frau Schrader zu besuchen. Sie erzählte ihr davon, daß am Tage, an dem die Nazis zur Regierung kommen, das Handwerk wieder blühen, die Lebensmittel billiger werden, kurz, es werde alles gut gehen. Schließlich gelang es ihr, die Frau Schrader dazu zu bewegen, bei der Präsidentenwahl für Hitler zu stimmen. Es gelang es ihr sogar, sie dazu zu bewegen, eine nationalsozialistische Zeitung zu abonnieren. Frau Schrader wurde eine eifrige Leserin der nationalsozialistischen Zeitungen, eine Besucherin von nationalsozialistischen Versammlungen, und sie begann sogar selbst eifrig unter den Bekannten für die Nazis zu agitieren.

Sie las in der nationalsozialistischen Presse davon, daß die Nazis die deutsche Frau befreien werden, und sie glaubte daran. Sie glaubte an einen Wohlstand, wenn die Nazis zur Regierung kommen. Und je schlechter es ihr ging, desto mehr klammerte sie sich an die Hoffnung auf eine kommende nationalsozialistische Regierung.

Eines Tages — es war im Sommer — kam Frau Direktor freudestrahlend zu ihr hereingestürzt. „Na, endlich haben wir's erreicht. Mit unserer Unterstützung ist der Herr von Papen Reichskanzler geworden. Jetzt wird's besser. Jetzt kommen auch für Sie bessere Tage."

Und nun wartete Frau Schrader auf die besseren Tage. Aber es wurde schlimmer. Eine Salzsteuer, eine neue Teuerung, und der Kunden im Laden wurden immer weniger.

Zweifel

Was nun? Frau Schrader lief zur Frau Direktor, und die erklärte ihr: „Ja, wir haben uns geirrt. Die Papen-Regierung ist noch nicht unsere Regierung. Das ist wieder einmal so eine Regierung der feinen Herren, die fürs Volk nichts übrig haben. Wenn erst wir zur Macht kommen, und das kann nicht mehr lange dauern, dann werden Sie sehen: keine 24 Stunden vergehen, und eine neue Sonne wird über Deutschland aufgehen. Für uns alle werden dann bessere Tage kommen."

Frau Schrader hoffte weiter. Sie hungerte und hoffte. Schließlich kam der 30. Januar. Wieder war es Frau Direktor, die ihr die Freudenbotschaft brachte: „Die Regierung in unseren Händen! Jetzt heißt es, sofort die Fahne heraushängen und am Abend sich am Fackelzug beteiligen. Jetzt sind die goldenen Tage da. Morgen wird das Brot billiger, wird das Fleisch, die Butter, wird die Milch billiger. Morgen werden die Kunden kommen. Morgen sind die besseren Tage schon da."

Nun also ist der erhoffte, der ersehnte Tag da, der Tag der Erfüllung. Abends sitzt Frau Schrader klopfenden Herzens am Radioapparat und wartet. Wenn doch jetzt das Programm der neuen Regierung verkündet würde. Jetzt wird sie es hören, wird sie wissen, daß schon vom nächsten Tage an alles geändert wird, alles Leid ein Ende hat. Und nun hört sie aus dem Radio die Stimme: in zweimal vier Jahren wird alles besser.

Zweimal vier Jahre? Das sind doch acht Jahre! Wie soll sie das durchhalten? Hat sie nicht schon genug gehungert? In nur einmal vier Jahren ist sie längst verhungert unter der Erde, wenn das so weiter geht. Ja, sie fühlt, daß sie es vier Monate nicht mehr durchhält. Sie lief zur Frau Direktor. Aber diese sagte ihr, daß es nicht auf die Reden ankomme, sondern auf die Taten. Sie werde schon in den nächsten Tagen sehen, was die Regierung mache.

Und nun kam ein weiterer Tag, ein Tag, an dem Frau Schrader las, daß neue Zölle auf Fleisch, auf Schmalz, kurz eine neue Belastung der Armen, eine neue Verteuerung, ein größerer Hunger über sie hereinbrüche. Soll das die Erfüllung dieser Versprechen sein? Am gleichen Tage noch bestellte sie die Nazizeitung ab.

Sie ist verzweifelt. Wohin weiter? Sie kennt den Weg nicht. An uns liegt es, ihr den Weg zu zeigen, ihr zu zeigen, daß die Kommunistische Partei es ist, die allein für die Interessen der Werktätigen kämpft, daß auch sie hineingehört in die revolutionäre Front, in die Front aller Arbeitenden.

Zeigt ihr diesen Weg, ihr und allen anderen Frau Schraders, ihr und allen anderen, die heute erkennen, daß sie belogen und betrogen worden sind. Zeigt ihr den Weg, sprecht mit ihr in der Markthalle und an der Stempelstelle! Klärt sie auf und der Morgen ist unser. Dann werden für uns alle bessere Tage kommen.

Lea.

Der Brotkorb wird höher gehängt!

Wurst und Schmalz werden durch die neue Zollerhöhung der Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung immens verteuert

Für deine Interessen kämpfen nur die Kommunisten!

Reiht euch ein! Alles mobil gemacht für den Sieg der Liste 3!

Wurst wird vernichtet

Eine erwerbslose Frau schreibt uns aus Sagan in Schlesien: **„Helft, denn die Not ist groß!"** — So kann man täglich in den bürgerlichen Blättern lesen, aber wie es in der Tat aussieht, beweist folgender Fall:

Ein Saganer Erwerbsloser erhielt dieser Tage aus der Schweiz von Bekannten ein Paket mit Lebensmitteln, unter anderem auch Wurst. Auf der Post wurde ihm erklärt, er dürfe das Paket nicht bekommen, weil die Wurst nicht nach Deutschland eingeführt werden dürfe; das Paket müsse deshalb nach Görlitz auf das Landes-Hauptzollamt, damit die Wurst dort vernichtet werden könne. Erst dann bekomme er das Paket ausgehändigt. So sieht die Hilfe, die man den Erwerbslosen zukommen läßt, in Wirklichkeit aus. Der Wahnsinn der Zollpolitik in den kapitalistischen Ländern vernichtet wertvolle Eßwaren, wo Erwerbslose hungern.

Essen streng verboten

(Arbeiterinnenkorrespondenz.)

Als Arbeiterin der Amateurfilm-Abteilung der Filmfabrik Wolfen sehe ich mich im Auftrage meiner Kolleginnen gezwungen, einmal einiges über diese Betriebe zu schreiben. Frühmorgens um 7 Uhr glaubt man in einem Demonstrationszuge vom Umkleideraum nach der Arbeitsstelle zu sein. **Viele Kolleginnen essen schnell beim Umziehen noch einige Bissen, denn bei der Arbeit ist das Essen streng verboten; wer es trotzdem tut, wird fristlos entlassen.** Nun heißt es, vier Stunden und oftmals noch länger aushalten bei der Arbeit, ehe es zur Mittagspause geht.

Die Wegzeit von der Stempeluhr bis zum Speisesaal beträgt sechs Minuten. Diese Zeit geht schon von der Pause ab.

Am Kantinenschalter muß man ebenfalls warten, weil die Kantinenfrau nicht imstande ist, die vielen Arbeiterinnen in der kurzen Zeit abzufertigen, so daß auch hier etliche Minuten vergehen. Also bleibt für die Pause dann nur noch reichlich eine Viertelstunde übrig. Die Arbeiterinnen verschwinden in der Amateur-Abteilung, in den verschiedenen Unterabteilungen, z. B. **Packfilm, Rollfilm, Röntgenfilm, Porträtfilm usw. Acht Stunden im Dunkeln am Fließband** heißt es arbeiten. Mechanisch wird die Arbeitsleistung bestimmt. Ohne daß es die einzelne Arbeiterin groß merkt, **wird das Transportband jeden Tag ein wenig schneller gestellt,** und die Leistung wird gesteigert; was früher gute Leistungen waren, sind heute vollständig schlechte Leistungen. Viele der Kolleginnen, die neu anfangen, schaffen das notwendige Pensum Arbeit nicht. Die Folgen sind Entlassungen während der Probezeit.

Arbeiterinnen der Amateurfilm-Abteilung! Seht nach der Sowjetunion, dort ist die werktätige Frau gleichberechtigt, erkämpft auch ihr mit uns einen sozialistischen Arbeiterstaat. Zeigt euch verbunden mit der revolutionären Arbeiterschaft.

ECKE für proletarische Kinder!

Prügel und Sowjethetze statt Brot

Eine rote Meldung:

Bei uns in Wieblingen in der 7b-Klasse hält Rektor Schwaab Unterricht. Er ist ein großer Sowjethetzer. Als wir letztens Erdkunde hatten, sagte er: „Rußland ist in der Kultur noch weit zurück. Es gibt keine Schulen dort, nur in einigen wenigen Städten. Die Wohnungen sind erbärmlich. Sie haben nur ein Zimmer und eine Küche. Aber die großen Herren in Moskau, die das Gehalt einstecken, haben die schönsten Wohnungen". So sagt er lauter Hetzen. Wir aber klären die Kinder auf. Die Kinder glauben uns mehr als dem Rektor.

Seid bereit!
Ein 13jähriges Mädel aus Wieblingen - Heidelberg.

★

Wir haben auch in dieser Woche einige Briefe der Roten Meldegänger erhalten. Wir drucken sie das nächste Mal ab. Doch einige Briefe sind „Landesverrat" — die dürfen nicht veröffentlicht werden.

Ihr müßt alle schreiben. Rote Meldegänger, vor die Front! Unsere Adresse ist: An die Kinderecke „Die Rote Fahne", Berlin C 25, Kl. Alexanderstraße 28.

22 000 Krippen!

Das, was Herr Rektor Schwaab in Heidelberg sagt, ist natürlich Kohl. Denn wie weit ist bei uns in Deutschland die Kultur zurück:

In Deutschland gibt es mehrere Millionen Kinder, die mit ihren Eltern und Geschwistern nur in einem einzigen Zimmer wohnen. Ja, viele Hunderttausende wohnen nicht einmal im Zimmer, sondern in elenden Lauben und Erdlöchern.

Es sind nicht nur in deutschen Dörfern, sondern auch in deutschen Städten (Dresden, Kassel, Berlin) viele hunderte Schulen geschlossen worden.

Doch wie sieht es in der Sowjetunion aus?

Das Regierungsblatt, der Nazi-„Angriff" (Nr. 272), muß es feststellen:

„. . . Auch der Kinderkost in den Schulen der Sowjetunion wird besondere Beachtung geschenkt, und zur Zeit werden in 32 000 Krippen über eine Million Kinder mit der ihnen zuträglichsten Nahrung versorgt . . ."

Eine Kommission Aerzte aus Amerika besuchte die Sowjetunion. Nach der Rückkehr schrieben sie in einer der größten Zeitungen New-Yorks:

„Die gesündesten Kinder von Europa sahen wir in der Sowjetunion . . ."

Prügel statt Brot und Freiheit

Als Hitler noch nicht Reichskanzler war, versprach er den Kindern Brot und Freiheit. Auf dem Nazi-Reichsjugendtag in Potsdam hielt er darüber eine große Rede. Doch was gab er uns?

Kein Brot — aber Prügel!

Drei Tage nach dem Regierungsantritt wurde eine „Verordnung über Schulzucht" erlassen. In ihr heißt es: „Die Strafe der körperlichen Züchtigung nach Möglichkeit ausschalten . . . Wenn sich ein Lehrer in seinen erzieherischen Maßnahmen vergriffen hat, soll er gegen Einschreiten seiner Aufsichtsbehörde geschützt sein." Das heißt also: Jeder Lehrer kann prügeln. Nicht einmal der Schulrat kann das verhindern — selbst, wenn er es will.

telegramme

könnern-saalkreis
hier streikten die schulkinder einen tag lang gegen naziregierung

köpenick-berlin
auf antrag der kommunisten beschloß das bezirksparlament den lehrer janack von der ersten gemeindeschule zu entlassen stop janack hat viele schüler verprügelt stop janack ist nazi

norwegen
die iah hat einhundert kinder von gemaßregelten arbeitern der wasserkante zu einem fünf- bis sechswöchigen erholungsurlaub eingeladen

wedding-berlin
der solidaritätsausschuß speist sechzig kinder der elften volksschule stop zehn molkereien und viele bäcker liefern milch und backware stop die sozialdemokratischen eltern und lehrer arbeiten mit am solidaritätswerk.

Verantwortlich: Alfred Hendrich, Berlin

Genosse Torgler antwortet Stampfer und Breitscheid:

Jetzt! Einheitsfront!

Der Vorsitzende der KPD-Reichstagsfraktion über den Weg der Einheit

Halle, 13. Februar.

Allen Widerständen zum Trotz, allen Versuchen der SPD-Führer, den Willen der Arbeiter zur Einheitsfront auszulöschen, spottend, steht die Aufgabe der Einheitsfront, doch jede Stunde neu und stärker auf der Tagesordnung und kann nicht mehr aus dem Bewußtsein der Arbeiter gestrichen werden.

Unter dem Druck der Arbeiter haben nun dazu in den letzten Tagen offizielle Stellen der SPD Stellung genommen. Im „Vorwärts", dem sozialdemokratischen Zentralorgan vom Sonnabend, schreibt Stampfer einen Artikel zur Einheitsfront, der direkt an die kommunistischen Arbeiter gerichtet ist. Stampfer wiederholt in diesem Artikel alle die Parolen, mit denen die SPD-Führer in den letzten Tagen allgemein versuchten, den Einheitswillen der Arbeiter zu durchkreuzen. Er wirft den Kommunisten vor, daß sie „nur Manöver" machen. Bevor man zu einer gemeinsamen Aktion komme, müsse man einen „Nichtangriffspakt" schließen usw.

Deutlicher wird Breitscheid, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in einem Artikel, den er zu diesem Thema in der „Berliner Volkszeitung" erscheinen läßt. Auch er wärmt die alte Lüge auf, daß die KPD die Einheitsfront nicht wolle. Interessant ist jedoch, was er dabei als Grund für den Gegensatz zwischen KPD und SPD angibt. Erstens sagt er, ist die KPD für die proletarische Diktatur, während die SPD für die Wiederherstellung der Demokratie ist. Zweitens behauptet er, zwar für gemeinsame Aktionen zu sein, aber es sei

„keine Gewähr dafür vorhanden, daß von den Kommunisten auch wirklich die Grenzen eingehalten werden, die für eine solche Aktion gesteckt sind."

Während also der Faschismus im Interesse des kapitalistischen Systems daran ist, die Arbeiter blutig niederzuschlagen, ist es die größte Sorge dieser Führer, daß ja die Arbeiterklasse „nicht zu weit geht" in der Abwehr und daß sie ja dieses kapitalistische System, als dessen Stütze sich die SPD-Führer betätigen, nicht antasten.

Der Genosse Torgler, der bekanntlich in der Lustgartenkundgebung der SPD bereits den Versuch unternahm, vor den SPD-Arbeitern die Erklärung und das Angebot zum gemeinsamen Handeln abzugeben, aber von der SPD-Führung daran gehindert wurde, hat nun in einem Interview in der „Berlin am Morgen" auf diese Fragen eine Antwort erteilt, die von grundsätzlicher Bedeutung ist. Wir entnehmen dieser Antwort die nachfolgenden Sätze, da sie gerade, angesichts der Vorgänge in Eisleben und im ganzen Bezirk, aber auch der Vorgänge in Halle selbst von aktueller Bedeutung sind. Die Sätze sind in der Form von Frage und Antwort gehalten:

1. „Seit einiger Zeit schon spricht man in der sozialdemokratischen Presse von einem „Nichtangriffspakt" zwischen der SPD und KPD. Auch der Inhalt des „offenen Briefes" Stampfers erschöpft sich im wesentlichen an diesem Aufgebot eines Nichtangriffspaktes, der nach Stampfer die Voraussetzung einer Einheitsfront sei."

„Ein Nichtangriffspakt, das ist etwas Negatives, etwas, was die kritische Beleuchtung der Zustände innerhalb der Arbeiterbewegung, die nach wie vor durchaus am Platze ist, verhindert, ohne der Praxis des Kampfes zu nützen. Ein Nichtangriffspakt ist ein Stillstand. Wir aber wollen Bewegung, Fortschritt und Kampf. Wir wollen konkrete Kampfhandlungen und darum schlagen wir statt eines Nichtangriffspaktes einen Angriffspakt gegen den Faschismus vor, über dessen positive Seite, und allein darum geht es, zu diskutieren wir durchaus bereit sind."

2. „Ist das eine neue Auffassung, die da von kommunistischer Seite vertreten wird? Diese Frage wird deshalb gestellt, weil ja von der SPD behauptet wurde, daß die KPD noch niemals Einheitsfrontanträge an die SPD gemacht habe."

„Diese Behauptung des „Vorwärts" ist, wie durch die entsprechenden Dokumente belegt werden kann, nachweislich falsch. Es ist notwendig, u. a. an folgende historische Tatsachen zu erinnern:

Schon im Frühjahr 1932, als anläßlich der Präsidentenwahlen von der SPD die Illusion verbreitet wurde, daß die Wahl Hindenburgs einen Schutz vor dem Hitler-Faschismus darstelle, bekämpfte die KPD diese Illusion aufs schärfste und wies, was sich inzwischen als richtig herausgestellt hat, nach, daß wer Hindenburg wählt, Hitler hilft. Im Zusammenhang damit entfaltete die KPD eine Agitation und Propaganda, die ganz eingestellt war auf die Herstellung einer wirklichen antifaschistischen Einheitsfront.

Dann erklärte das Zentralkomitee der KPD am 24. April in einem öffentlichen Aufruf an die Arbeiterklasse unmittelbar nach den preußischen Landtagswahlen, daß die KPD bereit sei, mit allen Arbeitern und allen Organisationen den Kampf gegen Hunger und Faschismus gemeinsam zu führen.

Als zur Zeit der Papen-Regierung sich die Terrorakte der Hitler-Partei häuften, rief die KPD die überparteiliche Massenbewegung der Antifaschistischen Aktion ins Leben, die von vornherein als gemeinsamer Abwehrkampf kommunistischer, sozialdemokratischer, christlicher und parteiloser Arbeiter gegen den Faschismus praktisch in Erscheinung trat.

Das Zentralkomitee der KPD erneuerte dann am 20. Juli, am Tage der bekannten Preußenaktion Papens, sein Einheitsfrontangebot. Wie jeder weiß, lautete damals die Antwort der SPD- und ADGB-Führung: „Arbeiter, laßt euch nicht provozieren!"

Am 22. Januar dieses Jahres richtete die KPD anläßlich des Hitler-Aufmarsches vor dem Karl-Liebknecht-Haus erneut an die Anhänger der Sozialdemokratie ein Einheitsfrontangebot, indem sie eine gemeinsame Massenmobilisierung vorschlug. Wenn im umgekehrten Falle irgendwann und irgendwo sozialdemokratische oder Reichsbannerarbeiter bedroht waren, oder wenn es galt, das „Vorwärts"-Gebäude vor Faschisten zu schützen, hat jedenfalls die KPD stets alles getan, um ihre Parteianhänger zum Schutz aufzubieten. Aber die Antwort der sozialdemokratischen Führung lautete am 22. Januar: „Arbeiter bleibt zu Hause", eine Parole allerdings, die von zahlreichen sozialdemokratischen Arbeitern nicht befolgt wurde.

Bei der Bildung der Hitler-Regierung, und zwar am 30. Januar, erneuerte die KPD ihr Einheitsfrontangebot an SPD, ADGB und Afabund und dazu auch an die christlichen Gewerkschaften, ohne daß von der Gegenseite eine Antwort erfolgte."

3. „Aber es wird ja eben von sozialdemokratischer Seite behauptet, daß diese Angebote insofern nicht ehrlich gemeint seien, als die Kommunisten dadurch erreichen wollten, daß die sozialdemokratischen Arbeiter für kommunistische Parteiziele eingefangen werden sollen. Wie steht es damit?"

„Daß sich die sozialdemokratischen Arbeiter zu den Zielen der KPD bekennen müßten, wenn sie in einer Einheitsfront mit den Kommunisten kämpfen, ist nicht wahr. Die KPD knüpft an die Bildung einer gemeinsamen Einheitsfront gegen den Faschismus keinerlei Bedingungen außer der einen einzigen, daß diejenigen Arbeiter oder diejenigen Organisationen, die die Einheitsfront herstellen, wirklich zum Kampf entschlossen sind und konkrete Kampfmaßnahmen mitmachen."

4. „Ist denn aber der sozialdemokratische Vorschlag eines „Nichtangriffspakt" nicht vielleicht der erste, wenn auch noch so bescheidene Schritt dazu, daß vielleicht später konkrete Kampfmaßnahmen gegen den Faschismus möglich werden?"

„Nein, wird der Angriffspakt aller Arbeiter und aller Organisationen gegen den Faschismus nicht sofort durch wirklichen Kampf besiegelt, dann könnte es zu spät sein. Die täglichen Angriffe auf das Leben der Werktätigen, die neuen Zollerhöhungen, die geplante Zerschlagung der Tarifverträge, das Presseknebelungsgesetz, der neue Ansturm auf die Löhne der Arbeiter und Angestellten, die Pläne des Wahlrechtsraubs, die offene Vorbereitung des KPD-Verbots — das alles zeigt, daß

jedes „Abwarten" die Not der Massen nur vergrößert."

5. „Was also glauben die Kommunisten, müßte jetzt sofort geschehen? Wie glauben sie den offensichtlich bestehenden Einheitsfrontwillen aus dem Gebiet der bloßen Diskussionen in die Tat umsetzen zu können?"

„Wir Kommunisten sind zunächst davon überzeugt, daß trotz aller verwirrenden Parolen sich die Kampfentschlossenheit der Massen in wachsendem Maße in Taten umsetzen wird. Die Vorgänge in Lübeck und in Staßfurt, das Einheitsfrontgelöbnis an vielen offenen Gräbern ermordeter Antifaschisten, der praktische Schutz, den sich sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter heute schon gegenüber dem Faschismus gegenseitig gewähren — all das sind Anzeichen einer wachsenden antifaschistischen Einheitsfront.

Wir sind der Ansicht, daß die nächsten praktischen Schritte in den Betrieben gemacht werden müssen, in Verbindung mit gemeinsamen Massenaktionen. Wir schlagen weiter vor die Schaffung und den Ausbau eines gemeinsamen Massenselbstschutzes in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Arbeiterquartieren, um Angriffe auf Arbeiterwohnungen, auf Arbeiterlokale, auf Demonstrationen und Versammlungen abzuwehren. Wir sind für gemeinsame Aktionsausschüsse in allen Betrieben.

So stellen sich die Kommunisten den Weg vor, der praktisch und sofort begangen werden muß, wenn die Einheitsfront aller Arbeiter und aller Organisationen gegen den Faschismus zustande kommen soll."

Furcht vor der Einheit

Der Klassengegner zittert vor dem gemeinsamen Kampfe der Arbeiterschaft

Halle, 11. Februar.

Die Herstellung der Kampfeseinheit der Arbeiterschaft beschäftigt nicht nur die Arbeiter selbst. Auch der Klassengegner beobachtet aufmerksam die Vorgänge im proletarischen Lager. Er gerät in große Sorge über die wachsende Annäherung zwischen SPD- und KPD-Arbeitern in der Durchführung gemeinsamer Aktionen unter konsequenten antifaschistischen Losungen. Dabei ist besonders interessant, daß sich die bürgerliche Presse vor irgendwelchen „Einheitsverhandlungen", die die SPD- und ADGB-Führer verlangen, nicht fürchtet. Sie erwartet und begrüßt sogar solche Verhandlungen, weil sich ja die SPD-Führer schon seit 1918 in der „Aufrechterhaltung von (kapitalistischer) Ruhe und Ordnung" so trefflich bewährt haben und sie auch jetzt von diesen Führern erwartet, daß sie den Kampfwillen der Arbeiter auf eine für die herrschende Klasse ungefährliche Art und Weise ablenken wird.

Nur vor einer Form der Einheitsfront zittert die bürgerliche Presse, vor der wirklichen Einheitsfront der Tat, vor dem gemeinsamen Kampf von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern, die nicht mehr auf die „Besonnenheits"-Parolen der SPD-Führer hören, sondern ihren Klassenparolen folgen.

Typisch dafür ist ein Artikel der „Vossischen Zeitung" vom Donnerstag, 9. Februar (Abend-Ausgabe). Dort heißt es nach einer knappen Darstellung der Vorgänge auf der letzten Kundgebung der SPD im Berliner Lustgarten:

„Bei all dem stand aber die Masse Schulter an Schulter, „Freiheit" und „Rot Front" war ein Kampfruf von brüderlichem Klang .... Was seit 1914 an Heranziehung der Arbeiterschaft an den Staat geleistet worden ist, dieses große, mühevolle Werk, an dem Bethmann-Hollweg und Ebert, Stinnes und Legien, gearbeitet haben, droht zu zerfallen. Auf den beiden Extremen mag man sich damit abfinden, es vielleicht begrüßen, den Schaden hat aber nicht zuletzt das christlich-nationale Bürgertum, das heute den Trägern der neuen Staatsführung sich verschreibt, und vor allem der Staat ..."

Hilfe! — schreien sie. Das Werk der Ebert, Stinnes und Legien, d. h. das Werk des Reformismus, das Werk der Entfremdung der Arbeiter von ihren Aufgaben, ist in Gefahr. Die Arbeiter lassen sich nicht mehr vor den Karren dieses kapitalistischen Staates spannen, sie lassen sich nicht mehr hinhalten, sie sind entschlossen, um ihre Sache, um die Sache der Arbeiterklasse den Kampf mit der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse, mit der Kommunistischen Partei aufzunehmen. Das ist die Einheitsfront, die der Klassengegner fürchtet, das ist die wirkliche Kampfeinheit, die den Sieg der Arbeiterklasse sichert. **Die Furcht des Gegners, zeigt der Arbeiterklasse, daß sie mit dieser Einheitsfront der Tat auf dem richtigen Wege ist, auch wenn das Werk von Ebert und Legien zerfällt.**

SPD-Betriebsräte für Einheitslisten

Kampfeseinheit über alle Widerstände hinweg!

Am Sonntag, dem 5. Februar, wurde in Lörrach (Baden) eine Betriebsrätevollversammlung durchgeführt, an der sich 32 Betriebsräte beteiligten. Schon die Zusammensetzung der Versammlung zeigt den Willen der Betriebsrätefunktionäre für den einheitlichen Kampf gegen faschistische Reaktion. Von den 32 Betriebsräten waren 3 Mitglieder der SPD, 5 in den freien Gewerkschaften und 15 RGO-Mitglieder und die übrigen unorganisierte Arbeiter.

Das Referat hielt der Genosse Böning. In der Diskussion sprachen außer einigen roten Betriebsräten auch 2 SPD-Betriebsräte. Letztere zeigten in der Diskussion, daß sie gewillt sind, die Kampfende Einheitsfront zu schließen, und ein SPD-Betriebsratsvorsitzender von einem der größten Betriebe Oberbadens gelobte, alles einzusetzen, **daß in seinem Betrieb nur eine Einheitsliste auf der Grundlage der Kampfforderungen der Belegschaft, auf der freigewerkschaftliche, kommunistische, SPD- und parteilose Arbeiter kandidieren müssen, aufgestellt wird.**

Seine Diskussion endete mit dem Wortlaut: **„Entweder wir schließen die Einheitsfront oder wir werden zugrunde gehen."** Die Betriebsrätekonferenz endete mit dem einmütigen Willen aller Teilnehmer, in die Betriebe zurückzukehren, um überall die antifaschistische Einheitsfront des Kampfes herzustellen.

Siemens-Betriebsräte rufen zur Einheit

Berlin, den 12. Februar.

In der Arbeiterratssitzung des Siemens-Kabelwerk vom 10. Februar wurde von den roten und freigewerkschaftlichen Betriebsräten eine Entschließung angenommen, die die Siemens-Arbeiter zum Massenkampf gegen den Faschismus und zur Herstellung der Einheitsfront ruft. Die Entschließung wendet sich an den Gesamtbetriebsrat, sowie an die einzelnen Werkbetriebsräte des Siemens-Konzerns, sofort Stellung zu nehmen zur Einberufung einer gemeinsamen Betriebsrätekonferenz für den Siemenskonzern. Diese Entschließung wird durch den roten Arbeiterrat sofort dem Gesamtbetriebsrat, sowie den Werkbetriebsräten unterbreitet.

Neue gewerkschaftliche Erfolge

In der Generalversammlung der Zimmerer in Salzungen wurden sämtliche Funktionen von oppositionellen Kollegen besetzt.

In der Generalversammlung des Land- und Forstarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Lauterberg (Braunschweig) wurde die gesamte Ortsverwaltung von der Opposition besetzt.

Lübecker Arbeiter schmieden Einheitsfront

Lübeck, 12. Februar. (Eig. Drahtm.) Von Kampfgeist getragen, tagte am Mittwoch die Einheitsfront-Konferenz der Betriebe, Stempelstellen und Organisationen. Vertreten waren 15 Betriebe, unter den Delegierten befanden sich auch viele SPD-Arbeiter. In den Einheitsausschuß wurden 5 KPD-, 4 SPD-, 1 Reichsbanner-, 1 SAP- und 4 parteilose Arbeiter gewählt. Das einleitende Referat hielt der Genosse Erich Klamm, der auf die Verhandlungen mit dem ADGB und die Forderungen des roten Lübeck hinwies.

Die Konferenz faßte folgende Beschlüsse:

1. **Durchführung einer zweiten Einheitsfrontkundgebung in den Ausstellungshallen.**
2. **In allen Betrieben ein: große Massendiskussion zu entfachen.**
3. **Sofortige Schaffung von antifaschistischen Häuser-, Straßen- und Betriebsobfassen.**
4. **Durchführung einer Konferenz der Betriebe, Stempelstellen und Organisationen auf breiterer Grundlage am Sonntag, den 19. Februar.**
5. **Es wurde eine Delegation aus 2 SPD-, 2 KPD- und 1 parteilosen Arbeiter gewählt, die beim Polizeisenator Mehrleiter gegen die stattgegebene Nazidemonstration protestierte und die die Freigabe aller Arbeiter-Demonstrationen, insbesondere des Kampfaufmarsches am 12 Februar, forderte.**

Neben der Freilassung Lebers und aller übrigen verhafteten Arbeiter wird die Freilassung des Genossen Heus gefordert.

Unter begeisterter Zustimmung beschloß die Konferenz ein Telegramm an die verhafteten Arbeiter zu schicken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193302l3-13/fragment/page=0009

AUS DEM BEZIRK

Montag, den 13. Februar 1933.

„Volksbote"-Lüge entlarvt

A.-K. Naumburg. Die Berichterstatter des „Volksbote" sind immer auf der Jagd nach Material über die KPD und ihre Funktionäre. Eine der übelsten Schreiberseelen dieses Blättchens ist der Berichterstatter Wallbaum. Ueber seine Vergangenheit wollen wir uns nicht auslassen. Die dreckige Art seiner „Berichterstattung" wird an einer Notiz, die unter Naumburg im „Volksbote" vom 26. Januar veröffentlicht wurde, bewiesen. Die Ueberschrift: „Eine feine Marke vom KP-Führer" sowie die ganze Notiz ist eine der üblichen „Volksbote"-Lügen.

Es gibt in Naumburg kein Parteimitglied Krause. Folglich gibt es auch keinen „KP-Führer" dieses Namens. Einen Träger dieses Namens gibt es im „Kampfbund gegen den Faschismus". Das ist ein junger Arbeiter, der ehrlich als einfaches Mitglied in der Organisation mitarbeitet. Von der ganzen im „Volksbote" verzapften Schmiererei ist weder ihm noch einem anderen Genossen etwas bekannt. Woher SPD-Wallbaum die ganze Sache bezogen hat, weiß er vielleicht selbst nicht. Eine nach Paragraph 11 des Pressegesetzes an die „Volksbote"-Redaktion gesandte Berichtigung wird nicht gedruckt. Die vollkommen erdichteten Gemeinheiten zeigen die Niedrigkeit an Gesinnung des „Arbeiterblattes".

Hoffentlich ziehen die paar Leser dieser Zeitung die Lehre, ein solches Sudelblatt aus dem Hause zu werfen und den „Klassenkampf" zu bestellen.

Ein faschistisches Sudelflugblatt

Vor einigen Tagen wurde in Großkayna in der Fabrik der Michelwerke unter den Augen der Werkaufsicht ein Flugblatt verbreitet. Es handelt sich offenbar um ein von Faschisten hergestelltes Hetzflugblatt gegen die Kommunistische Partei. Die Unterschrift des Flugblattes lautet: „Heinz-Neumann-Gruppe innerhalb der KPD". Das Schmutzblättchen ist also ganz offensichtlich auf eine Täuschung und Verwirrung der Arbeiter angelegt. In keiner Ortsgruppe der KPD existiert eine solche „Heinz-Neumann-Gruppe". Das ist schon deshalb unmöglich, weil es innerhalb der Kommunistischen Partei des Bezirks Halle-Merseburg über die politischen Fehler des Genossen Neumann keinerlei Auseinandersetzungen gegeben hat, sondern diese Fehler wurden von der gesamten Parteimitgliedschaft einmütig verurteilt. Wenn jetzt faschistische Elemente solche Flugblätter mit dieser Unterschrift unter den Arbeitern verteilen, so geschieht dies ausschließlich zu dem Zweck, um die Kommunistische Partei zu beschmutzen. Eine kurze Probe aus dem Inhalt dieses Flugblattes beweist das:

„Genossen! So etwas nennt sich noch Kommunismus! Wenn irgendein kleiner Genosse sich an den Beitragsgeldern vergreift, um seinen Hunger zu stillen, dann wirft man ihn aus der Partei hinaus und macht ihn in der gesamten proletarischen Bewegung unmöglich. Währenddessen sitzen die Mitglieder des ZK bei Sekt und Kaviar und verhuren mit geputzten Bourgeoistanten die Beitragspfennige der kämpfenden Arbeiterschaft."

In diesem verleumderischen Ton ist das ganze Flugblatt gehalten. Es ist selbstverständlich, daß die Kommunistische Partei gegen solche schmutzigen Anwürfe nicht verteidigt zu werden braucht. Die dunklen faschistischen Elemente, die mit derartigen plumpen Methoden glauben, das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Kommunistischen Partei untergraben zu können, werden eine schwere Enttäuschung erleben. Wo diese Burschen auftauchen und versuchen, ihr Sudelpapier an den Mann zu bringen, müssen sie von den Arbeitern die richtige Antwort erhalten!

Jeßnitz. Von der Wäscherolle erdrückt. Ein schweres Unglück ereignete sich hier an einer elektrischen Wäscherolle. Ein zehnjähriger Junge wurde in einem unbewachten Augenblick von der Rolle erfaßt und gegen die Wand gedrückt. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach einer Stunde starb.

Notschrei eines kleinen Hausbesitzers

Uns ging die Abschrift eines Briefes aus dem Weißenfelser Landkreise zu, den wir hier auszugsweise abdrucken. Dieser Brief ist ein erschütterndes Dokument über die entsetzliche Notlage der Kleingewerbetreibenden, in diesem Falle eines kleinen Hausbesitzers.

„An den Kreisausschuß in Weißenfels.

Dringlichkeitsbeschwerde

Unterzeichneter erhebt hiermit Beschwerde gegen die Kürzung der Wohlfahrtsunterstützung und beantragt, dieselbe in voller gesetzlicher Höhe auszuzahlen, da er von 2,70 Mark wöchentlich mit seiner Frau zusammen nicht leben kann.

Begründung: Ich bin seit über 11 Jahren arbeitslos, abgesehen von ganz unbedeutenden Saisonarbeiten. Ich habe weder ein ordentliches Stück Leibwäsche, noch besitze ich einen anständigen Anzug. Mein „Vorrat" an Wäsche und Kleidungsstücken kann zu jederzeit bestätigt werden. Stellt sich der Kreisausschuß auf den Standpunkt des grünen Tisches, dann bin ich gezwungen, den Gashahn zu öffnen. Zu demselben Entschluß ist auch meine Frau gekommen. Der Kreisausschuß setzt meine eigene Monatsmiete von 20 Mark als Einnahme ein. Ich habe nichts dagegen, wenn diese 20 Mark auch als Ausgabe figurieren. Aber so, wie es der Kreisausschuß macht, ist es unmöglich noch weiter existieren zu können. Wenn ich absolut keinen Verdienst habe, kann ich doch auch keine 20 Mark Miete monatlich bezahlen. Daß meine Frau Hausbesitzerin ist, ändert doch nichts an der Tatsache. Der Kreisausschuß hat für Hausreparaturen monatlich 1 Mark eingesetzt. Ich habe 1932 Treppenflur usw. machen lassen, was über 100 Mark gekostet hat. Heute noch habe ich über 60 Mark Schulden an Handwerker und Händler zu bezahlen. In diesem Jahre muß das Dach repariert werden, was ungefähr 80 Mark kosten wird."

Ergänzend zu diesem Brief wollen wir noch mitteilen, daß die Einnahmen dieses kleinen Hausbesitzers an Mietzins monatlich 50 Mark betragen. Seine eigene Wohnung wird ihm als Einnahme von 20 Mark angerechnet. Die Ausgaben für Grundsteuer, Brandkasse, Wassergeld usw. betragen 55,95 Mark. Der Reinverdienst an seinem Hause beträgt also monatlich 3,05 Mark. Dazu erhält er nun für sich und seine Frau pro Woche noch sage und schreibe 2,70 Mark Unterstützung.

Das ist der Tatbestand über die Existenz eines kleinen Hausbesitzers, der in höchster Verzweiflung Selbstmord begehen will. Aber das wäre natürlich grundfalsch. Der notleidende Mittelstand muß den Kampf gegen die wirtschaftliche Verelendung gemeinsam mit der Millionenmasse des Proletariats führen. Nur so können die Kleingewerbetreibenden ihre traurige Lebenslage verbessern.

9 Millionen Erwerbslose fragen Hitler

Seit einer Woche ist Hitler Reichskanzler. Er ist an der Macht und kann jetzt alle Versprechungen der Nazipartei wahrmachen. Aber was ist bisher geschehen?

9 Millionen Erwerbslose fragen Adolf Hitler: Warum werden die drückenden Notverordnungen Brünings und Papens nicht aufgehoben, was doch schon so oft von der Nazipartei gefordert wurde?

9 Millionen Erwerbslose fragen Adolf Hitler: Warum gibt es keine Winterhilfe, für die die Nazifraktion im Reichstagsausschuß erst vor wenigen Wochen stimmte?

9 Millionen Erwerbslose fragen Adolf Hitler: Wie steht es mit der von den Nazis so oft versprochenen Arbeitsbeschaffung?

So fragen die hungernden und frierenden Erwerbslosen. Schreit diese Frage den Hakenkreuzlern in die Ohren! Stellt die braunen Volksbetrüger an den Pranger! Kämpft in der Antifaschistischen Aktion für die Forderungen und Rechte aller Ausgebeuteten und Hungernden!

Notstandsarbeit der Stolz Eilenburgs

A.-K. Eilenburg. Der sozialdemokratische Stadtrat Richard Burchardt, der das Wohlfahrtsdezernat verwaltet, hat schon wiederholt gezeigt, daß er die beste Stütze des Herrn „Ober" Dr. Belian ist. Eine besondere Einrichtung der Stadtverwaltung ist die Notstandsarbeit. Auf diese sind die alle, angefangen vom Oberbürgermeister Belian, bis zu dem Vorsitzenden des ADGB-Ortsausschusses, M. Lenker, stolz. Vor allem hat es ihnen der „hohe" Lohn angetan. Lenker sagte in der Arbeiterversammlung, daß die Notstandsarbeiter mehr verdienen als die gelernten Facharbeiter des Holzgewerbes. Sehen wir uns doch einmal an, was so ein Arbeiter verdient.

Arbeitszeit 32 Stunden (4 Tage) à 57 Pf. =	18,24 M.
Kinderzulage für 1 Kind	1,98 „
Zusammen	20,22 M.
Steuern	—,32 M.
Krankenkasse	—,70 „
Arbeitslosenversicherung	—,68 „
Invalidenversicherung	—,60 „
Abzug für Winterkohlen	1,— „ = 3,30 „

Also beträgt der Verdienst: 16,92 M.

Wohlfahrtsunterstützung würde ein solcher Arbeiter 14 Mark bekommen. Von „Verdienst" und Unterstützung kann niemand leben und sterben. Ist gerade die Bürgersteuer fällig, wird auch diese noch abgezogen. Wer in der Zeit der Erwerbslosigkeit seine Invalidenversicherung nicht in Ordnung halten konnte (wer konnte das?), bekommt für noch zu zahlende Marken ebenfalls Raten abgezogen.

So sieht der „hohe" Verdienst eines solchen Arbeiters aus. Sind die notwendigen Wochen zur Wiedererlangung einer Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung abgearbeitet, werden die Notstandsarbeiter in eine der niedrigsten Unterstützungsklassen eingestuft. Dabei sind Stiefeln und Arbeitskleidung vollkommen „auf dem Hund", wenn die Arbeitswochen vorbei sind. Anschaffen kann sich keiner der Arbeitenden etwas. Dazu kommt noch, daß sie noch rechtloser sind als die im „richtigen" Arbeitsverhältnis stehenden Proleten.

Sie dürfen keinen Betriebsrat wählen, das Arbeitsrecht wird bei ihnen nicht anerkannt. Vollkommen rechtlos, müssen sie die Schikanen ihrer Vorgesetzten hinnehmen. Vor allem tun sich die Leute des Lohnbüros Eichamt hervor.

Mehrere Mal war die Empörung über die „Verdienstmöglichkeiten" und die Behandlung Unlust zu Forderungen der Notstandsarbeiter. Ja, selbst Kampfbeschlüsse hatte man gefaßt. Immer verstanden es die SPD- und Gewerkschafts„führer", diese Bewegungen abzuwürgen. Verbunden wurde eine jede solche Bewegung mit einer wütenden Hetze gegen KPD-Funktionäre. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben sich schon oft offen gegen die Haltung ihrer Führer gewandt. Der Stolz der SPD-Führer und des Magistrats ist eben nicht der unserer Notstandsarbeiter.

Arbeiter gegen Gasschutzrummel

A.-K. Nordhausen. Wo alle deutschen Städte einen umfangreichen „Gasschutz" organisieren, darf unser Kaff nicht fehlen. Ein „Verband für Gas- und Luftschutz" soll den Laden schmeißen. Nach ihrer Darstellung handelt es sich um ein „friedliches Werk der christlichen Nächstenliebe", das über den Parteihader hinweg" allen Bevölkerungsschichten Schutz bringen soll. So heißt es in einem Aufruf der „Friedensgesellschaft", So versuchen die Kriegsschreier einen Schafspelz um ihre Wolfsgestalt zu hängen. Doch das revolutionäre Proletariat ist gescheit genug, um die Leute zu durchschauen. Der „Probealarm" zeigte offen, wo die Reise hingeht.

„Gas- und Bombenangriff: Feuer in Nordhausen!"

Schnell bewaffnete sich die eine Sensation witternde Spießermeute mit Feldstecher und Theaterglas und zog los. Zwei Flugzeuge kreisten über der Stadt. An der Spitze des Ganzen stehen die Schreiberseelen der Lokalpresse. Sie sind in „großer Form". Ganz wie 1914. Tagelang füllen sie ihre Spalten mit den neuesten Ereignissen auf dem „Schlachtfeld".

Doch die Arbeiterschaft macht nicht mit. Selbst die „verwahrloste Jugend" der Arbeiter steht abseits. Sie haben erkannt, was sie zu tun haben. In Gruppen stehen sie herum und klären die auf, die sich an diesem Rummel beteiligen.

Wir wollen keinen imperialistischen Krieg. Arbeit, Kohlen, richtiges Essen sind unsere Forderungen. Wir wollen nicht, daß unsere Kinder verhungern. Wir wollen nicht frieren. Wir haben ein Recht auf Leben. Wir, die Arbeiter, die alle Werte schaffen, wollen keinen imperialistischen Krieg.

Viele, die sonst nicht auf unserer Seite stehen, erklärten nach und nach, daß sie einverstanden sind. Die haben recht, wir müssen protestieren gegen die Verschleuderung von Geld für solche Zwecke. Man soll an Stelle der Bomben und „gasschützen" Keller und Unterstände die Not der Erwerbslosen lindern. Winterhelfhilfe wurde abgelehnt, für nationalistischen Rummel hat man Geld, da kann es nicht genug kosten!

Große Kundgebung der Piesteritzer Arbeiterschaft

gegen Hitler-Regierung — für kämpfende Einheitsfront!

A.-K. Wie wir bereits meldeten, wurde die laut Beschluß einer freigewerkschaftlichen Funktionärsitzung vom ADGB Wittenberg für Dienstag, den 7. Februar, angesetzte Demonstration verboten.

Das Verbot löste eine ungeheure Empörung in den Reihen der Arbeiterschaft aus. Im Laufe des Tages sammelten sich immer wieder größere Diskussionsgruppen im Orte. Zum Zeitpunkt der Demonstration, die nunmehr verboten war, waren Hunderte von Piesteritzer Arbeitern und Arbeiterinnen in den Straßen. Immer wieder wurde von ihnen betont, daß das Proletariat nicht gewillt ist, sich der faschistischen Diktatur zu unterwerfen.

Für die ADGB-Strategen Bassüner und Bode ist es natürlich eine Selbstverständlichkeit, daß behördliche Verfügungen gegen die Arbeiterschaft unter allen Umständen einzuhalten sind, wenngleich dadrei die Arbeiterklasse völlig zugrunde geht.

Mit Hochrufen auf den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse und die KPD sowie mit dem Absingen der „Internationale" erbrachte die Piesteritzer Arbeiterschaft, darunter viele SPD-Arbeiter, den Beweis, daß sie bereit ist, den Massenkampf für die gemeinsamen Interessen aufzunehmen.

Erst als die Kundgebungen beendet waren, räumte das herbeigerufene Ueberfallkommando äußerst vorsichtig die Straße.

In einem Schreiben an die Organisationen und die Betriebsräte der chemischen Großbetriebe wies die Partei auf das Demonstrationsverbot und die Kundgebungen der Piesteritzer Arbeiterschaft hin und forderte die Betriebsräte und Organisationsvertreter auf, zu einer gemeinsamen Sitzung zwecks Festlegung der nächsten Kampfmaßnahmen gegen Demonstrationsverbot und Faschismus zu erscheinen.

Obwohl dieses Schreiben im Ort und in den Betrieben durch Plakatierung die Arbeiterschaft von dem Schritt der KPD informierte, erschienen die Vertreter der SPD und SAJ nicht, während Bassüner für den ADGB und Lorbeer für die KPD telephonische Erklärungen für ihr Fernbleiben abgaben.

Die Erklärungen dieser Leute sind bezeichnend für die Rolle der Brandleristen.

Lorbeer verlangt im Auftrage der KPD, daß die KPD, die stärkste Partei in Piesteritz, das von Bassüner und ihm zusammengeschobene, nur aus brandleristischen Betriebsratsopfikanten, Gewerkschaftsbonzen und einigen Parteifunktionären zusammengesetzte „Einheitskomitee" als Kampfausschuß der Arbeiterschaft anerkennt. Weiter erklärte Lorbeer, daß die KPD Gelegenheit gehabt habe, in diesem Komitee ihren Willen zum einheitlichen Handeln unter Beweis zu stellen. An Stelle einer erfolgreichen Arbeit habe aber die KPD das Komitee gesprengt.

Das ist natürlich glatte Lüge. Nicht die KPD, sondern Bassüner selbst hat sein eigenes Komiteechen zerschlagen, indem er jede durchgreifende Kampfmaßnahme unmöglich machte.

Die Vertreter der KPD erklärten in der letzten Einheitssitzung, daß sie bereit sind, mit den Organisationsvertretern aller Arbeiterorganisationen die nächsten Maßnahmen für den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse zu diskutieren und

die Schaffung eines wirklichen, von den breiten Massen in den Betrieben und auf der Sternpelstelle getragenen Einheitskomitees zur Tat zu verhelfen.

Bassüner erklärte in seinem Telephongespräch, daß die KPD vorerst einmal die Angriffe gegen ihn und seine Genossen einzustellen habe, bevor sie bereit seien, mit den Kommunisten gemeinsam zu arbeiten. Wenn die KPD Einheitsfront will, dann müsse sie sich an den Hort des Einheitskomitees, der ihr bekannt sei, wenden.

Das könnte Bassüner so passen. Wir sollen ihm helfen, sein ramponiertes Ansehen in der Arbeiteröffentlichkeit auf Kosten des Vertrauens der Arbeiterschaft zur KPD wieder herzustellen.

Die KPD hat nichts unterlassen, den Einheitsfrontwillen der Arbeiterschaft in die Tat umzusetzen.

Die SPD-, ADGB-Führer und Brandleristen aber haben alles versucht, den Einheitsfrontwillen des Proletariats zu sabotieren.

Sie wollen den einheitlichen Kampf nicht, weil sie sich vor der Konsequenz eines solchen Kampfes fürchten. Sie wollen aus Liebe zu ihren Positionen, in treuer Ehrfurcht vor ihren Auftraggebern, den Hauptvorstandsbonzen vom ADGB und der SPD, die Friedhofsruhe in den Betrieben und auf den Straßen.

Jetzt hat die Arbeiterschaft in den Betrieben und auf den Stempelstellen das Wort!

Organisiert sofort Abteilungs- und Belegschaftsversammlungen! Wählt in diesen Versammlungen Delegierte für das zu schaffende Einheitskomitee der Tat!

Am 5. März gehören alle antifaschistischen Stimmen der einzigen antifaschistischen Kraft in Deutschland, der KPD. Liste 3!

Bei den kommenden Betriebsrätewahlen müssen die Betriebsarbeiter den Verrätern und Renegaten Bassüner und Bode die proletarische Antwort erteilen. Sie müssen herunter von ihren Positionen, die sie bisher einnahmen, um die Interessen der Arbeiter mit Füßen zu treten.

Der dritte Kunde wird gesucht

A.-K. Naundorf. Wie überall, haben die bürgerlichen Herrschaften auf dem Gemeindeamt auch in unserem Molchen eine Winterhilfssammlung organisiert. Leider hat sich zur Sammlung auch ein Mitglied des Erwerbslosenausschusses hergegeben. Mit großem Aufwand sind bis zur Stunde ganze 8 Mark an Geld, 3 Brote und einige Zentner Kartoffeln zusammengekommen. Der nationale Bäckermeister Wenzel hatte die 3 Brote gestiftet. Ausdrücklich betonte der edle Spender, daß sie nur an seine Kunden abgegeben werden dürfen. Er legte auch gleich die Namen fest. Aber es sagte nur zwei. Mit dem dritten quält sich nun die hohe Behörde schon tagelang ab. Sie kann ihn nicht finden. Wahrscheinlich muß sie das inzwischen schon vertrocknete Brot dem Bäckermeister zurückgeben, weil der dritte Kunde noch immer nicht gefunden wurde.

Arbeiter, ihr seht, durch solche „Hilfsmaßnahmen" wird die Not nicht beseitigt. Wir müssen uns Arbeit, Brot und Freiheit erkämpfen!

Frenburg. Erneuerung der Unstrut-Brücke. Die Unstrutbrücke ist dem jetzigen starken Verkehr nicht mehr gewachsen. Eine Nachprüfung durch Sachverständige hat ergeben, daß sie bei stärkerer Belastung erheblich schwankt. Aus diesem Grunde ist ein Umbau der Brücke geplant. Der Verkehr wird während dieser Zeit über eine Notbrücke geleitet werden.

Verantwortlich: Franz Lieb, Halle a. d. S., für den gesamten Inhalt
Arthur Burkert, Halle, für den Anzeigenteil.